

Landesbank Berlin Holding AG

Jahresabschluss und Lagebericht 2006 (HGB)



Landesbank Berlin Holding AG Jahresabschluss und Lagebericht 2006 (HGB)

Inhalt

Lagebericht 2006	1-56
Das Geschäftsjahr 2006 im Überblick.....	3-19
Geschäftsverlauf 2006.....	20
Ertragslage.....	20-21
Vermögenslage.....	21-22
Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG.....	23
Risikobericht.....	24-53
Prognosebericht / Ausblick.....	54-56
Jahresabschluss	
Bilanz.....	1-2
Gewinn- und Verlustrechnung.....	1-2
Anhang	1-17
Bestätigungsvermerk	1-2

Lagebericht 2006

Landesbank Berlin Holding AG

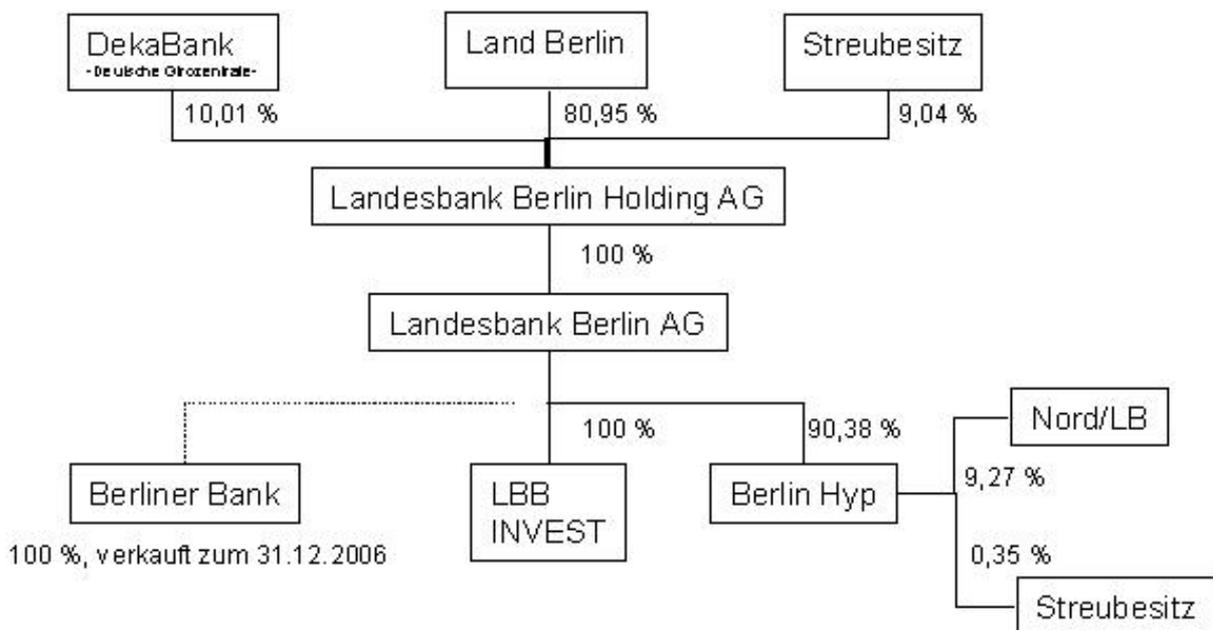
Das Geschäftsjahr 2006 im Überblick.....	3
Unternehmensdarstellung	3
Organisatorische und rechtliche Struktur	3
Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder zum Stichtag 31. Dezember 2006	5
Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat	6
Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB	14
Allgemeiner Verlauf im Überblick	14
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	14
Restrukturierung und Neuausrichtung	15
Geschäftsverlauf 2006.....	20
Ertragslage	20
Vermögenslage	21
Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	23
Risikobericht.....	24
Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling.....	24
Gesamt-Risikosteuerung	25
Basel-II-Umsetzung	27
Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)	28
Adressenausfallrisiken.....	28
Liquiditätsrisiken	36
Marktpreisrisiken	38
Immobilienrisiken.....	42
Operationelle Risiken	42
Personalrisiken	44
Systemrisiken	45
Rechtsrisiken	45
Sonstige Risiken.....	52
Prognosebericht / Ausblick	54
Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage.....	54
Geschäftliche Ausrichtung.....	55
Soll / Ist-Vergleich.....	55
Mittelfristplanung / Schätzverfahren	55
Zusammenfassung / Gesamtaussage.....	56

Das Geschäftsjahr 2006 im Überblick

Unternehmensdarstellung

Organisatorische und rechtliche Struktur

Nach einer umfassenden gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierung des Konzerns im Jahr 2006 stellt sich die organisatorische und rechtliche Struktur wie folgt dar:



- Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft. Sie ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft und eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) mit Sitz in Berlin. Mehrheitsaktionär ist das Land Berlin mit einer Anteilsquote von 80,95 % . Die Konzentration auf die Holding-Funktion entstand, nachdem das Vermögen der Bankgesellschaft Berlin AG im Wege der Ausgliederung nahezu vollständig auf die Landesbank Berlin AG übertragen worden war. Die Ausgliederung wurde von der Hauptversammlung der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG am 14. Juli 2006 beschlossen und mit der Eintragung im Handelsregister am 29. August 2006 rückwirkend zum 1. Januar 2006 wirksam. Gleichzeitig wurde die Gesellschaft – ihrer neuen Funktion im Konzern entsprechend – in "Landesbank Berlin Holding AG" umfirmiert.
- Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des

KWG. Die LBB ging aus der Landesbank Berlin – Girozentrale – hervor, nachdem diese gemäß Berliner Sparkassengesetz vom 28. Juni 2005 zum 1. Januar 2006 aus einer Anstalt öffentlichen Rechts in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden war. Die LBB übernahm mit Beschluss ihrer Hauptversammlung vom 13. Juli 2006 nahezu das gesamte Vermögen der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG. Damit wurden alle bankgeschäftlichen Aktivitäten einschließlich der Berliner Sparkasse der vormals getrennten Kreditinstitute Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin AG in der LBB zusammengeführt.

- Die LBB hält auch die wichtigen strategischen Beteiligungen, insbesondere die Anteile an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), an der BankenService GmbH (BankenService) und an der Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST). Sie unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg.

Der Konzern ist wie folgt organisiert:

- Die Holding hat grundsätzlich keine eigene Geschäftstätigkeit und verfügt deshalb über keine eigenen Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB geleistet.
- Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder und die sie unterstützenden Corporate Center gegliedert. Die Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden, dem Immobilienfinanzierungsgeschäft und dem Kapitalmarktgeschäft. Zu den Einheiten der Corporate Center zählen z.B. Informationstechnologie, Controlling, Risikocontrolling, Revision und Finanzen. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.



Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder zum Stichtag 31. Dezember 2006

Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG setzt sich zum 31. Dezember 2006 aus den Herren Hans-Jörg Vetter und Dr. Thomas Veit zusammen. Mit dem rechtlichen Wirksamwerden der Übertragung des nahezu gesamten Aktiv- und Passivvermögens von der Holding auf die LBB im Rahmen des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages zum 29. August 2006 entfällt die Notwendigkeit für einen Geschäftsverteilungsplan des Vorstandes.

Alle operativen Aufgaben werden auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder der LBB waren zum Stichtag 31. Dezember 2006:

Hans-Jörg Vetter

(Vorsitzender)

Unternehmensentwicklung

Personal

Revision

Recht

Serge Demoliere

Kapitalmarktgeschäft

Uwe Kruschinski

Kreditgeschäft

Risikobetreuung

Martin K. Müller

Risikocontrolling

Controlling

Compliance

Dr. Thomas Veit

Immobilienfinanzierungen

Finanzen

Organisation

Informationstechnologie

Dr. Johannes Evers

Private Kunden

Hans Jürgen Kulartz

Firmenkunden

Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat der börsennotierten Landesbank Berlin Holding AG (Holding) sowie ihrer 100 %igen Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG (LBB) sind weitgehend personenidentisch besetzt. Im Interesse der besseren Übersichtlichkeit erfolgt für beide Gesellschaften eine zusammengefasste Darstellung in Form des Vergütungsberichtes nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Daneben werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

Der Bericht berücksichtigt dabei für beide Gesellschaften die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und er enthält die Angaben, die entsprechend dem deutschen Handelsrecht Bestandteil des Lageberichtes nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB und des Anhangs nach § 285 S. 1 Nr. 9 a Satz 5 bis 9 HGB sind.

1. Vergütung des Vorstands

Für die Festlegung von Struktur und Höhe der Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist bei der Holding wie auch bei der LBB jeweils der Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) zuständig. Der BPS-Ausschuss legt die Eckpunkte der Dienstverträge, insbesondere die Gehälter und die anderen Vergütungsbestandteile, für den Vorstand fest. Dabei wird die Vergütung auf Basis einer Analyse der in der eigenen Unternehmensgruppe und in vergleichbaren deutschen Kreditinstituten an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlten Einkommen festgesetzt.

Die einzelnen, sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind für alle Mitglieder des Vorstands durch mit der Landesbank Berlin AG bestehende Dienstverträge geregelt.

Die den Vorstand der Obergesellschaft Landesbank Berlin Holding AG bildenden Herren Vetter und Dr. Veit sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB, auf die nahezu das gesamte Bankgeschäft der Holding, d. h. der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG (BGB AG), übertragen worden ist. Im Zuge der Ausgliederung des Bankgeschäftes nach dem Ausgliederungs- und Übernahmevertrag zwischen BGB AG und LBB vom 29. Mai 2006 sind sämtliche Vertragsbeziehungen, so auch die Vorstandsdienstverträge, auf die Landesbank Berlin AG übertragen worden. Unabhängig von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen demgemäß die Dienstverträge der Herren Vetter und Dr. Veit sowie die sie betreffenden Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge für die beiden im Doppelband tätigen Vorstandsmitglieder. Sie erhält dafür von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten, jährlich auf seine Angemessenheit zu überprüfenden Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5.000,-- € je Vorstandsmitglied bzw. 6.000,-- € für den Vorstandsvorsitzenden. Entsprechend wurden von der Holding im Jahre 2006 ab der formalen Wirksamkeit der neuen Organstruktur 44 T€ als Aufwandsersatz erstattet.

Hinsichtlich ihrer Bezüge sind in den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

- Festes Jahresgehalt:

Das Festgehalt ist zahlbar in gleichen monatlichen Teilbeträgen. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom BPS-Ausschuss in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit in Bezug auf die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds und seine Leistungen überprüft. Die letzte entsprechende Überprüfung wurde zum 1. April 2005 bzw. bei Herrn Dr. Veit zum 1. September 2006 vorgenommen.

Die Vorstandsgehälter werden auf der Basis der Ertragslage des Konzerns fortentwickelt, wobei die allgemeinen Preis- und Tarifsteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland in Betracht zu ziehen sind sowie ein Vergleich mit der Struktur der Vorstandsbezüge anderer Kreditinstitute herangezogen wird. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht dabei nicht.

- Jahressondervergütung:

Die Mitglieder des Vorstands erhalten für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine Jahressondervergütung (Tantieme), über die im Folgejahr Beschluss gefasst wird. Die Tantieme richtet sich in ihrer Höhe insbesondere nach den dienstlichen Leistungen der Vorstandsmitglieder sowie nach der Entwicklung der Ergebnisse der LBB und der Holding und ist nach Feststellung der Jahresabschlüsse beider Gesellschaften in einer Summe zahlbar. Für jedes Vorstandsmitglied ist hierbei die Zahlung eines bestimmten Mindestbetrages festgelegt. Der darüber hinausgehende Teil wird vom BPS-Ausschuss unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Parameter, insbesondere auf der Grundlage einer individuellen Leistungsbeurteilung, festgesetzt.

Weitere Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o. ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

- Sonstige Vergütungen:

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Dabei haben einige der Vorstandsmitglieder gemäß ihrem Dienstvertrag Anspruch auf die Übernahme der auf den durch die private Nutzung entstehenden geldwerten Vorteil zu zahlenden Steuern durch den Arbeitgeber.

Holding und LBB haben zugunsten ihrer Organmitglieder eine pauschale Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung) abgeschlossen. Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände von Holding und LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermö-

gensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder ist dabei im Sinne des Corporate Governance Kodex ein Selbstbehalt in Höhe von drei Monatsfestgehältern vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegenden Director & Officers-Versicherung trägt die Holding.

Gemäß seinem Vorstandsdienstvertrag hat Herr Müller Anspruch auf die Zahlung der Beiträge für eine der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung entsprechenden Versicherung durch den Arbeitgeber bis zur Hälfte des gesetzlichen Höchstsatzes.

- **Gesamtvergütung:**

Die Mitglieder des Vorstands haben im Geschäftsjahr 2006 eine Vergütung (einschließlich erfolgsabhängiger Bestandteile) von insgesamt 6.396 T€ bezogen. Hierin enthalten sind die für die Tätigkeit des Vorstands für das Geschäftsjahr 2006 garantierten Bestandteile der Jahressondervergütung in Höhe von 2.331 T€, die in 2007 zur Auszahlung kommen, sowie die erfolgsabhängigen Bestandteile der Jahressondervergütung für das Geschäftsjahr 2005 in Höhe von 1.030 T€, die in 2006 gezahlt wurden.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

- **Versorgungszusagen:**

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum die vollen Bezüge zu; den Herren Demolière, Vetter und Dr. Veit bis zu einem Jahr und den Herren Dr. Evers, Kulartz, Kruschinski sowie Müller bis zu zwei Jahren, längstens jedoch bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Die Vorstandsmitglieder haben Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge Lösung des Vertragsverhältnisses durch die Bank, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstands veranlasst ist (§ 626 BGB). Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch die Herren Demolière, Dr. Evers, Kruschinski, Dr. Veit und Vetter oder die Bank gekündigt werden. Herr Kulartz kann ab dem 62. Lebensjahr auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Müller setzt die Zahlung des Ruhegehaltes im ersten Monat nach Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich abhängig vom Lebensalter nach einem bestimmten Prozentsatz vom festen Jahresgehalt und erhöht sich um 2 % für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr, wobei für jedes Vorstandsmitglied vertraglich ein Höchstsatz vereinbart ist. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils der ruhegehaltsfähige Anteil der Festbezüge, der 100 %, bei Herrn Demolière 67 % beträgt.

Im Einzelnen:

	<u>Erworbener Versorgungsanspruch</u> <u>per 31.12.2006)</u> (in %)	<u>Höchstsatz</u> (in %)
Herr Demolière	45	60
Herr Dr. Evers	54	75
Herr Kulartz	52	75
Herr Kruschinski	56	70
Herr Müller	38	70
Herr Dr. Veit	48	60
Herr Vetter	54	60

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken bzw. nach den prozentualen Veränderungen des Vergütungstarifvertrages zum BAT für den Bereich der Kommunalen Arbeitgeberverbände.

Für zwei Mitglieder des Vorstands ist dienstvertraglich das Ausscheiden im Rahmen eines Kontrollwerbs geregelt. Gemäß dieser Change of Control-Klausel steht Herrn Vetter als Vorstandsvorsitzendem bis zum 31.10.2011 sowie Herrn Dr. Veit bis zum 31.08.2007 ein Sonderkündigungsrecht zu. Endet der Dienstvertrag infolge einer Sonderkündigung, haben beide Herren Anspruch auf die Zahlung der jeweils bis zum Ende der Vertragslaufzeit noch ausstehenden Bezüge.

Im Jahr 2006 wurden für Pensionszusagen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des Vorstands 1.697 T€ zurückgestellt. Der Teilwert der für den Vorstand gebildeten Pensionsrückstellungen (HGB) betrug zum Bilanzstichtag 8.763 T€.

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB insgesamt Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestehen Haftungsverhältnisse im Volumen von 1.186 T€.

Ferner wurden im vergangenen Geschäftsjahr Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene von insgesamt 6.456 T€ gezahlt. Der Teilwert der für diese Personengruppe in 2006 gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen beträgt 64.057 T€.

Hierbei ist zu beachten, dass diese Vergütungen bzw. Rückstellungen neben denen der LBB jeweils auch die ehemaligen Vorstandsmitglieder der Holding betreffen. Dies beruht, wie oben dargestellt, darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der ehemaligen Bankgesellschaft Berlin AG auf die LBB auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden ebenfalls auf die LBB übertragen.

2. Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder in der Umstrukturierungsphase der Bank.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Landesbank Berlin Holding AG jährlich eine feste Vergütung sowie einen an den Erfolg des Unternehmens gekoppelten Vergütungsbestandteil.

Die für die LBB gegenwärtig geltenden Vergütungsregeln für den Aufsichtsrat wurden erstmals im Rahmen der Feststellung der Gründungssatzung durch die Senatsverwaltung für

Wirtschaft, Arbeit und Frauen anlässlich der Gründung der Landesbank Berlin AG am 25. November 2005 verabschiedet. Sie sind in § 11 ihrer Satzung enthalten. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder jährlich eine feste Vergütung. Eine gesonderte, an den Erfolg des Unternehmens gekoppelte Vergütung ist für den Aufsichtsrat der LBB nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie Vorsitz und stellvertretender Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist wie folgt geregelt:

- Feste Jahresvergütung:

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung von 15.000,-- € bzw. bei der LBB in Höhe von 10.500,-- €

- Erfolgsabhängige Jahresvergütung:

Die Aufsichtsratsmitglieder der Holding erhalten neben der festen Jahresvergütung eine erfolgsabhängige Vergütung von 550,-- € je halbes Prozent Dividende, soweit die Dividende 4 % auf das Grundkapital übersteigt.

Der Vorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.

- Ausschussvergütung:

Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats erhalten jeweils zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10.000,-- €, die Vorsitzenden erhalten jeweils das 1,5fache, die Stellvertreter jeweils das 1,25fache dieser Bezüge. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6.000,-- €, die Vorsitzenden dieser Ausschüsse erhalten hier jeweils 8.000,-- €, die Stellvertreter jeweils 7.000,-- €

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht.

Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Wie oben dargestellt, haben Holding und LBB zugunsten ihrer Aufsichtsratsmitglieder eine angemessene Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung abgeschlossen (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei im Sinne des Corporate Governance Kodex jeweils ein Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegenden Director & Officers-Versicherung trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit jeweils nach Ablauf dieses Geschäftsjahres, und zwar üblicherweise nach den Hauptversammlungen der Gesellschaften. Dementsprechend wird die Jahresvergütung für 2006 an die Aufsichtsratsmitglieder der Holding bzw. der LBB nach dem jeweiligen Beschluss der Hauptversammlung beider Gesellschaften über die Gewinnverwendung und über die Entlastung des Aufsichtsrats gezahlt werden.

- Aufsichtsrat Holding: Insgesamt sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG sowie seiner Ausschüsse für 2006 Gesamtbezüge von 420.542,-- € zu zahlen (ohne Umsatzsteuer).
- Aufsichtsrat LBB: Insgesamt sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin AG sowie seiner Ausschüsse für 2006 Gesamtbezüge von 224.862,-- € zu zahlen (ohne Umsatzsteuer).

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter. Im Jahr 2006 erhielten diese für ihre Tätigkeit oder für ihre ehemalige Konzernzugehörigkeit von der LBB oder einer ihrer Konzerngesellschaften insgesamt einen Betrag (inklusive Mitarbeitergehältern, Ruhestandsgehältern und Pensionen) in Höhe von 861 T€.

Mitglieder des Aufsichtsrats haben von der Bank insgesamt Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestehen Haftungsverhältnisse im Volumen von 120 T€.

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der LBB nicht gezahlt bzw. gewährt.

Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.555 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber und gewähren jeweils eine Stimme.

Hinsichtlich der Beteiligungen am Kapital verweisen wir auf den Abschnitt „Organisatorische und rechtliche Struktur“.

Für die Ernennung und Abberufung des Vorstandes gelten die gesetzlichen Bestimmungen des § 84 AktG. Für die Änderung der Satzung gelten die gesetzlichen Vorschriften der §§ 179 ff. AktG.

Die Hauptversammlung vom 14. Juli 2006 hat die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2007 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Daneben besteht gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Juli 2006 bis zum 30. September 2007 die Möglichkeit des Erwerbs eigener Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 AktG. Davon wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

Bezüglich wesentlicher Vereinbarungen der Gesellschaft zum Kontrollwechsel verweisen wir auf den Abschnitt „Vergütungssystem vom Vorstand und Aufsichtsrat“.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Konjunkturell gewann die Entwicklung in Deutschland 2006 an Schwung. Im Produzierenden Gewerbe verbesserte sich die Lageeinschätzung im Jahresverlauf kontinuierlich. Die Verlangsamung des Wachstums der US-Wirtschaft wirkte sich noch nicht auf die deutsche Konjunktur aus. Vielmehr bedingte eine rege Auslandsnachfrage mittelbar einen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen im Inland. Die überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung schlug

sich mit Beginn des Frühjahrs 2006 auf den Arbeitsmarkt nieder. Es konnte ein Beschäftigungszuwachs an sozialversicherungspflichtigen Stellen beobachtet werden.

Für zusätzlichen Auftrieb sorgten Vorzieheffekte mit Blick auf den höheren Mehrwertsteuersatz ab 2007. Auf Seiten der Verbraucher war ein signifikanter Anstieg in den Anschaffungsplänen zu beobachten, der allerdings aufgrund nahezu unveränderter Einkommenserwartungen bestenfalls Nachfragespitzen hervorgerufen haben dürfte. Auf diese hatten sich das Verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft bereits frühzeitig eingestellt.

Nach fünf Jahren der Stagnation und des Rückgangs verzeichnete die Berliner Wirtschaft 2006 erstmals wieder eine Steigerung der Wirtschaftsleistung. Das Bruttoinlandsprodukt Berlins stieg im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,8 % an.

Vor allem die Exporte Berlins nahmen aufgrund der starken Expansion der Weltwirtschaft im vergangenen Jahr deutlich zu. Weitere Impulse für die Konjunktur kamen darüber hinaus von der Binnennachfrage. Die Arbeitslosenquote in Berlin ging innerhalb eines Jahres um 1,5 Prozentpunkte zurück.

Die verbesserten gesamtwirtschaftlichen Bedingungen und das wirtschaftliche Wachstum Berlins wirkten sich positiv auf den Geschäftsverlauf in den Geschäftssegmenten aus. Allerdings schmolz das Zinsgefälle zwischen langfristigem Kapital- und kurzfristigem Geldmarkt im Jahresverlauf vollständig ab, so dass positiven Einflüssen auf Geschäftsvolumina und Risikovorsorge negative Rückwirkungen auf den Zinsüberschuss gegenüberstanden. Bei anhaltendem Wettbewerbs- und Margendruck konnte die Holding im Geschäftsjahr 2006 die Erwartungen insgesamt übertreffen, wozu insbesondere der Erfolg aus der Veräußerung der Berliner Bank beigetragen hat.

Zu der Entwicklung des Personalbestandes verweisen wir auf die Darstellung im Anhang.

Restrukturierung und Neuausrichtung

EU-Beihilfeverfahren

Mit ihrer Entscheidung vom 18. Februar 2004 hatte die Europäische Kommission die beantragten Restrukturierungsbeihilfen für den Konzern der damaligen Bankgesellschaft Berlin

AG in vollem Umfang genehmigt. Im Gegenzug musste die Bundesregierung verschiedene Zusagen hinsichtlich der Restrukturierung und Ausrichtung des Konzerns abgeben.

Zu Beginn des Berichtsjahres waren noch folgende Bedingungen der Beihilfegenehmigung umzusetzen:

- Abschluss der Veräußerung oder Liquidation der Beteiligungen an den Immobiliendienstleistungsgesellschaften bis zum 31. Dezember 2005. Diese Zusage wurde mit dem dinglichen Übergang der Beteiligungen an das Land Berlin am 30. Juni 2006 wirtschaftlich rückwirkend zum 1. Januar 2006 abgeschlossen. Der entsprechende Vertrag wurde Ende 2005 geschlossen. Die Bewertungen, welche dem im Jahre 2005 vereinbarten Kaufpreis zugrunde liegen, werden derzeit vertragsgemäß überprüft und gegebenenfalls angepasst.
- Verkauf der Niederlassung Berliner Bank der LBB bis zum 1. Februar 2007. Am 31. Dezember 2006 ging das Geschäft der Berliner Bank auf die Deutsche Bank Privatkunden AG über. Damit wurde auch diese Zusage termingerecht umgesetzt.
- Veräußerung der Anteile des Landes Berlin an der Holding, ehemals Bankgesellschaft Berlin AG, bis zum 31. Dezember 2007. Auch um die Veräußerung in geeigneter Weise vornehmen zu können, wurde die Landesbank Berlin – Girozentrale – zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Ferner wurde nahezu das gesamte Vermögen der Holding auf die LBB übertragen. Diese Maßnahmen dienten der Vorbereitung der Gesamtbankprivatisierung im Sinne der Zusage an die EU-Kommission. Eine ausführliche Darstellung der Maßnahmen zur Vereinfachung der Konzernstruktur enthält der Abschnitt „Eine Bank“.

Die Holding steht hinsichtlich der Umsetzung der Zusagen in laufendem Kontakt mit den zuständigen nationalen und europäischen Behörden und berichtet regelmäßig über die erzielten Fortschritte an die Europäische Kommission.

Verkauf Berliner Bank

Die LBB schloss am 20. Juni 2006 einen Vertrag über den Verkauf der Berliner Bank an die Deutsche Bank AG („Signing“). Um den Geschäftsübergang zu ermöglichen, wurde zum 1. Oktober 2006 das Geschäft der Niederlassung Berliner Bank in die Berliner Bank AG & Co. KG eingebracht und verselbständigt. Sie verfügt über eine uneinge-

schränkte Bankerlaubnis gemäß § 32 KWG und ist Mitglied in der Einlagensicherung des Bundesverbandes deutscher Banken. Zu diesem Zweck gingen die im Einbringungsvertrag vereinbarten Kundenbeziehungen, Vermögensgegenstände und Mitarbeiter, welche der Niederlassung Berliner Bank der LBB zugeordnet waren, auf das neue Kreditinstitut über. Mit Ablauf des 31. Dezember 2006 übernahm die Deutsche Bank AG die Anteile an der Berliner Bank von der LBB („Closing“). Damit ist der Vorgang der Herauslösung, Veräußerung und Übertragung der Berliner Bank weitgehend abgeschlossen. Im Rahmen einer vertraglich vereinbarten Closing-Bilanzstellung wird derzeit der endgültige Kaufpreis ermittelt. Im Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge wird ein Veräußerungsgewinn von 452 Mio. € ausgewiesen. Der wirtschaftliche Erfolg aus dem Verkauf liegt bei 425 Mio. €. Dabei sind ergebnisneutrale Transaktionskosten in Höhe von 13 Mio. € sowie erforderliche Kaufpreisanpassungen, Rückstellungsbildungen für Risiken aus dem Kaufvertrag und nachlaufende Kosten sowie Sonderbonifikationen berücksichtigt.

„Eine Bank“

Anfang 2004 wurde das Projekt „Eine Bank“ initiiert. Sein Hauptziel war die Vereinfachung der Konzernstruktur. Dies wiederum sollte zu mehr Transparenz, einer verbesserten Steuerbarkeit und zum Abbau wirtschaftlicher Nachteile führen. Dem Titel des Projektes entsprechend sollten dazu die beiden noch selbständigen Kreditinstitute Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin – Girozentrale – zu einer Bank zusammengeführt werden. Ziel war es, die im Jahre 1818 gegründete Berliner Sparkasse fortzuführen. Das Vorhaben sollte auch die Ausgangsbasis für die von der Europäischen Kommission geforderte Privatisierung der Gesamtbank verbessern. Demnach muss das Land Berlin seine Anteile an der Holding in einem offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren bis spätestens 31. Dezember 2007 veräußern.

Diese Ziele wurden mit Abschluss des Berichtsjahres vollständig erreicht. Das Projekt wurde in vier Schritten umgesetzt und erfolgreich abgeschlossen:

- Mit dem Berliner Sparkassengesetz vom 28. Juni 2005 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus die rechtliche Grundlage für das Vorhaben geschaffen. Auf dieser Grundlage konnte die Landesbank Berlin – Girozentrale – zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und mit der Trägerschaft für die Berliner Sparkasse beliehen werden. Diese wiederum wurde als teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts organisiert. Sie erfüllt einen öffentlichen Auftrag im Dienste des Gemeinwohls für Berlin.

- Zum 1. Januar 2006 gründete die damalige Bankgesellschaft Berlin AG im Wege der rechtsformwechselnden Umwandlung auf der Grundlage des Berliner Sparkassengesetzes in entsprechender Anwendung der aktienrechtlichen Regelungen die Landesbank Berlin AG.
- Am 13. und 14. Juli 2006 beschlossen die Hauptversammlungen der beiden Gesellschaften, im Wege der Ausgliederung, das Vermögen der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2006 nahezu vollständig auf die Landesbank Berlin AG zu übertragen. Grundlage dafür war der Ausgliederungs- und Übernahmevertrag vom 29. Mai 2006. Die Beschlüsse wurden wirksam mit ihrer Eintragung im Handelsregister am 29. August 2006. Gleichzeitig wurde die Satzung der Bankgesellschaft Berlin AG an ihre neue Funktion angepasst. Seit erfolgter Ausgliederung nimmt die Bankgesellschaft Berlin AG als Konzernobergesellschaft im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Folgerichtig änderte die Gesellschaft ihre Firma in „Landesbank Berlin Holding AG“. Zwischen der Holding und ihrer 100 %-igen Tochter, LBB besteht ein Ergebnisabführungsvertrag sowie eine steuerliche Organschaft. Schließlich schlossen die beiden Gesellschaften einen Geschäftsbesorgungsvertrag, weil die Holding über keine eigenen Mitarbeiter verfügt. Der Aufsichtsrat der Holding war von diesen Maßnahmen nicht betroffen. Der Vorstand der Holding wurde auf zwei Mitglieder verkleinert.
- Im September 2006 erfolgte als Abschluss des Projekts „Eine Bank“ die weitere Vereinheitlichung der Informationstechnologie durch die Fusion der vormals technischen eigenständigen Institute Bankgesellschaft Berlin AG, Landesbank Berlin AG und Berliner Sparkasse. Die Fusion verlief trotz hoher Risiken im Rahmen der Gesamtbankstrategie plangemäß und störungsfrei.

Am 19. Dezember 2006 erklärte der Vorstand der Holding gegenüber der BaFin, auf die Rechte der Gesellschaft aus ihrer Bankerlaubnis nach § 32 KWG zu verzichten. Die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften wurde deshalb durch die BaFin zum 31. Dezember 2006 aufgehoben. Mit dem zugehörigen Abschlussbericht der Bank an die BaFin wurde das Projekt „Eine Bank“ auch formal beendet.

Weitere Maßnahmen

Nachdem 2005 die Sanierungs- und Restrukturierungsphase offiziell beendet wurde, wurden dennoch Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten und Verbesserung der Ergebnis-

struktur konsequent weitergeführt. Nachfolgend werden diese Schritte entlang der Geschäftsfelder erläutert.

Im Geschäftsfeld Private Kunden wurde ein Ertragssteigerungsprogramm in den Mittelpunkt gestellt, das auf der im Vorjahr erreichten Prozesseffizienz aufbauen konnte. Zum einen wurden die Systeme zur Unterstützung der Kundenansprache und Beratung weiterentwickelt. Zum anderen wurde das Qualitätsverständnis offensiv kommuniziert. Dadurch stieg die Vertriebskraft bei gleichzeitiger Erhöhung der Kundenorientierung. Neue Produkte und Partnerschaften in den wachstumsstarken Geschäften optimiert das Angebot an die Kunden und trugen dazu bei, die führende Marktstellung zu sichern.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden wurden die Maßnahmen einer wertorientierten Vertriebssteuerung in den einzelnen Kundensegmenten und Vertriebskanälen im Jahr 2006 weiterentwickelt. Das Geschäftsjahr war vor allem durch den Ausbau der im Vorjahr eingeführten BusinessLine geprägt. Die Zertifizierung der BusinessLine durch den TÜV Rheinland im September 2006 unterstreicht die hohe Qualität der Prozesse und Serviceleistungen, die den gesamten Beratungsbedarf in diesem Segment abdeckten. Weitere Maßnahmen zur Optimierung einer Vielzahl von Prozessen und die konsequente systematische Hinterlegung in den IT-Systemen wurden vorangetrieben.

In der Immobilienfinanzierung wurden im Jahr 2006 weit über den Erwartungen liegende Vertriebsergebnisse erzielt, mit denen die Bank sich in der Spitzengruppe der Immobilienfinanzierer im Inland etablierte. Strategiekonform lag der Schwerpunkt bei Investorenfinanzierungen in Berlin und den Ballungsräumen der alten Bundesländer. Daneben wurden weitere erfreuliche Fortschritte in der Bereinigung des Bestandsportfolios erzielt.

Im Kapitalmarktgeschäft wurde insbesondere das kundenorientierte Geschäft intensiviert und durch organisatorische und technische Verbesserungen unterstützt.

Geschäftsverlauf 2006

Durch die Ausgliederung des operativen Geschäftes in die LBB im Rahmen der Umsetzung des Projektes „Eine Bank“ ist der unmittelbare Vergleich mit den Vorjahreszahlen nur wenig aussagekräftig. Wir haben daher nachfolgend, wie auch in der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bilanz und im Anhang, gemäß § 265 Abs. 2 HGB ermittelte Vergleichszahlen für 2005 dargestellt. Die Vergleichszahlen unterstellen eine Übertragung der Geschäfte und der aus ihnen resultierenden Erfolge bereits in 2005. Veränderungen zum Vorjahr beziehen sich, soweit nicht im Einzelfall besonders angegeben, jeweils auf diese Vergleichszahlen.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2006 wurde eine deutliche Verbesserung des Betriebsergebnisses der Holding erzielt. Die stark erhöhte Gewinnabführung der LBB ermöglicht die Tilgung des bisher noch bestehenden Verlustvortrages, die Stärkung der Rücklage und die Zahlung einer Dividende.

Ergebnis der Landesbank Berlin Holding AG

Ergebnis in Mio. €	2006	2005 Ist	2005 (Vergleichszahl)	Veränderung 2006 – 2005 (Vergleichszahl)	
				Mio. €	%
Zinsüberschuss	476	679	118	358	>100
Provisionsüberschuss	0	1	0	0	x
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	0	-13	0	0	x
Verwaltungsaufwendungen	2	399	2	0	0,00
Personalaufwand	0	166	0	0	x
Andere Verwaltungsaufwendungen	2	188	2	0	0,00
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	0	45	0	0	x
Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	60	129	7	53	>100
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	534	397	123	411	>100
Risikovorsorge	0	204	0	0	x
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	0	-33	0	0	x
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	0	237	0	0	x
Betriebsergebnis	534	193	123	411	>100
Ergebnis aus Finanzanlagen	3	-49	0	3	x
Saldo der übrigen Positionen	-13	-30	-9	-4	44,44
Ergebnis vor Steuern	524	114	114	410	>100
Ertragsteuern	84	10	10	74	>100
Ergebnis nach Steuern	440	104	104	336	>100

Im **Zinsüberschuss**, der mit 476 Mio. € deutlich über dem Vorjahresniveau von 118 Mio. € lag, ist ganz überwiegend die Gewinnabführung der LBB ausgewiesen. 4 Mio. € hiervon betreffen einen Ertrag aus dem Vorjahr.

Im **Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge** sind im Wesentlichen Erträge aus Steurrückzahlungen und aus der Auflösung von Rückstellungen enthalten.

Im **Saldo der übrigen Positionen** (-13 Mio. €) sind ausschließlich Verlustübernahmen von Tochtergesellschaften enthalten.

Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** der Landesbank Berlin Holding AG lag am 31. Dezember 2006 mit 2.997 Mio. € um 478 Mio. € über dem Niveau des Vorjahres. Hiervon entfällt wie im Vorjahr der überwiegende Teil auf die Anteile an der LBB.

Aktiva

Aktiva in Mio. €	2006	2005 Ist	2005 (Vergleichs- zahl)	Veränderung 2006 – 2005 (Vergleichszahl)	
				Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	470	28.050	1	469	x
Forderungen an Kunden	0	4.535	0	0	x
Schuldverschreibungen	0	26.689	0	0	x
Aktien	0	2.719	0	0	x
Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen	2.408	1.977	2.408	0	0,0
Sachanlagen	0	75	0	0	x
Übrige Aktiva	119	4.690	110	9	8,2
Summe Aktiva	2.997	68.835	2.519	478	19,0

Die **Forderungen an Kreditinstitute** bestehen ganz überwiegend aus dem Gewinnanspruch gegenüber der LBB.

Unter den **Beteiligungen / Anteilen an verbundenen Unternehmen** ist die Landesbank Berlin AG mit 2.407 Mio. € enthalten.

Passiva

Passiva in Mio. €	2006	2005 Ist	2005 (Vergleichs- zahl)	Veränderung 2006 – 2005 (Vergleichszahl)	
				Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10	54.751	0	10	x
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	2.249	0	0	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	3.978	0	0	0,0
Rückstellungen	176	1.187	168	8	4,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	1.794	0	0	0,0
Eigenkapital	2.784	2.345	2.345	439	18,8
davon:					
- gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	2.555	0	0,0
- Rücklagen / Bilanzgewinn ¹	229	-210	-210	440	>100
Übrige Passiva	27	2.531	6	21	>100
Summe Passiva	2.997	68.835	2.519	478	19,0

¹ Einschließlich Bilanzgewinn in Höhe von 153 Mio. € (Vorjahr Bilanzverlust 210 Mio. €)

Von den **Rückstellungen** entfällt der größte Teil auf Steuerrückstellungen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 Aktiengesetz (AktG) hat der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2006 abgegeben. Die Schlussklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit dem Land Berlin und den mit diesem verbundenen Unternehmen eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.“

Risikobericht

Seit erfolgter Ausgliederung nimmt die Landesbank Berlin Holding AG, ehemals Bankgesellschaft Berlin AG, als Konzernobergesellschaft im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100 %-igen Beteiligung an der Landesbank Berlin AG (LBB). Nahezu das gesamte Geschäft der Holding wurde im Geschäftsjahr auf die LBB übertragen, so dass auch deren Risiken in die LBB übergeleitet wurden.

Die Aufgaben der Holding werden durch Geschäftsbesorgungsverträge von der LBB erbracht. Zwischen der Holding und der LBB besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Daraus resultiert die weitgehende Übereinstimmung der Risiken der Holding und der LBB. Ausführliche Darstellungen zur Umfirmierung und Geschäftsübertragung sind den Abschnitten „Unternehmensdarstellung“ und „Restrukturierung und Neuausrichtung“ des Lageberichtes zu entnehmen.

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Die LBB geht Risiken auf Grundlage der vom Vorstand verabschiedeten und kommunizierten Risikostrategie ein.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Im Risikohandbuch wird beschrieben, welche Risikoarten in der LBB vorhanden sind, wie das Risikomanagementsystem aufgebaut ist, wie die konzerneinheitlichen Risikomessmethoden beschaffen sind, aus welchen Bestandteilen das Risikofrüherkennungssystem besteht, welche Regelungen und Zuständigkeiten hinsichtlich des Risikomanagements sowie welche Berichtsstrukturen es gibt.

Gesamt-Risikosteuerung

Die ganzheitliche Risikosteuerung der LBB erfolgt durch das mit allen Vorständen besetzte Risk Review Komitee (RRK). Das RRK nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Anhand des vorgelegten Konzernrisiko-Reports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, diskutiert das RRK monatlich die Gesamtrisikolage und reagiert gegebenenfalls mit entsprechenden Entscheidungen.

Inhaltlich werden in der LBB folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressenausfallrisiken
 - Kreditrisiken
 - Länderrisiken
 - Kontrahentenrisiken
 - Anteilseignerrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken
- Immobilienrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige Risiken

Im Verlauf des Berichtsjahres wurde das interne Risikotragfähigkeitskonzept methodisch abgeschlossen. Es beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen Risiken, das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Dabei sind nun für alle Risikokategorien interne Risikomessmethoden implementiert worden. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt durch Gegenüberstellung des zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehenden Kapitals (Risikodeckungsmasse). Einbezogen sind Adressenausfallrisiken inkl. Anteilseignerrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Restrisiken. Seit März 2006 wird zusätzlich die Kategorie Immobilienrisiko einbezogen. Bei den Kreditrisiken wird seit Anfang 2006 das Risikokapital nach dem internen Kreditportfoliomodell (Credit-

Value-at-Risk) ermittelt. Mit diesem risikoadäquateren Verfahren können auch Risikokonzentrationen besser erfasst werden.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko nunmehr für unterschiedliche Konfidenzniveaus berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (z.B. Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt.

Um die Gesamtbanksteuerung weiter zu verbessern, wurde ein Risikokapital auf Gesamtebene und für die Geschäftsfelder festgelegt. Das Risikokapital existiert zusätzlich zu den bereits bestehenden Limiten und fungiert als von den strategischen Zielen abgeleitete Beobachtungsgrenze. So können bei Annäherung an diese Grenze bereits frühzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

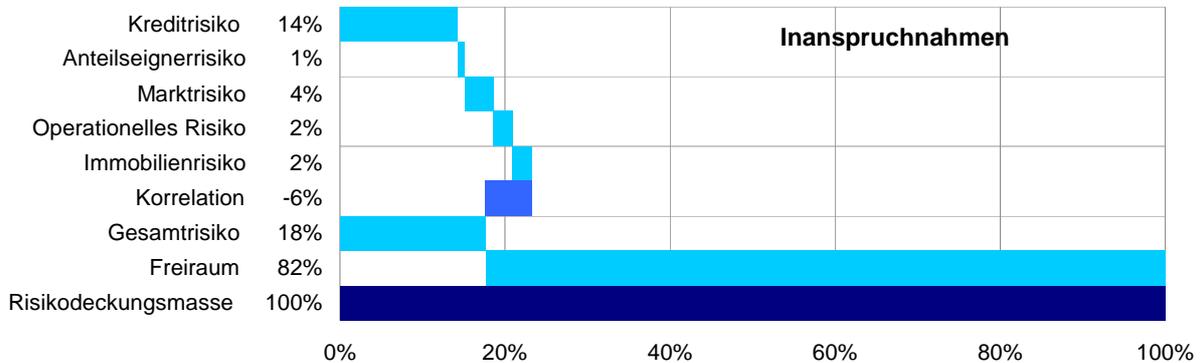
Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse verabschiedet. Diese wurden 2006 auch auf die Geschäftsfelder ausgeweitet. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet das RRK über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Auf LBB- und Konzernebene gab es im Berichtsjahr sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch der gesetzten Limite jederzeit einen ausreichenden Freiraum. Auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden stets mit deutlichem Freiraum eingehalten.

Die prozentualen Inanspruchnahmen je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellen sich zum 31. Dezember 2006 im Konzern wie folgt dar:

Inanspruchnahmen nach Risikoarten für die LBB zum 31. Dezember 2006

per 12.2006



Bei der Zusammenfassung zum Gesamtrisiko können Rundungsdifferenzen auftreten.

Basel-II-Umsetzung

Die Anforderungen der neuen Solvabilitätsverordnung, basierend auf den Rahmenbedingungen des II. Basler Accords (Basel II), die ab dem 1. Januar 2007 in Kraft getreten sind, setzen der Konzern und die LBB im Rahmen eines Projektes mit folgenden Zielen erfolgreich um:

- Sicherstellung der Meldefähigkeit nach Basel II unter Berücksichtigung der relevanten Töchter und Beteiligungen
- Eigenkapitalschonende Umsetzung der Baseler Anforderungen
- Vorbereitung der nach Basel II erforderlichen Erweiterung der Risikosteuerung
- Anpassung der betroffenen Kredit- und Meldewesenprozesse
- Erfüllung der Offenlegungsanforderungen

Umgesetzt wurde der auf internen Ratings beruhende IRB-Basisansatz zur Berechnung der Eigenkapitalanforderung für Kreditrisiken. Die Verwendung dieses Ansatzes reduziert die Eigenkapitalbelastung gegenüber dem Standardansatz. In der zweiten Hälfte des Jahres 2006 erfolgte die Abnahmeprüfung durch die Bankenaufsicht. Als Resultat wurde dem Konzern wie auch der LBB die Zulassung zur Nutzung der im Projekt umgesetzten Lösung zur Eigenkapitalberechnung ausgesprochen. Die technische Umsetzung erfolgte entsprechend

der IT-Strategie der LBB auf SAP-Basis. Dazu wurde die SAP-Basel-II-Lösung implementiert, die auf einer zentralen Datenhaltung basiert.

Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) geben auf der Grundlage des § 25a Abs. 1 KWG einen Rahmen für die Ausgestaltung des Risikomanagements in Kreditinstituten vor. Die MaRisk ersetzen die Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH), Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute (MaK) und die Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision der Kreditinstitute (MaIR); die neuen Bestimmungen sind grundsätzlich zum 1. Januar 2007 zu erfüllen.

Das Projekt zur Umsetzung in der LBB und auch in den Teilunternehmen ist erfolgreich beendet worden. Die neuen Anforderungen der MaRisk etwa für operationelle Risiken oder für das Risikomanagementsystem auf Gesamtbankebene waren bereits größtenteils umgesetzt. Der bereits bestehende New Product Prozess bei Handelsgeschäften wurde auf Nicht-Handelsgeschäfte erweitert. Handlungsbedarf bestand im Wesentlichen darin, die umfangreichen Dokumentationsanforderungen zu erfüllen und die Dokumentenstruktur und Inhalte entsprechend der MaRisk-Anforderungen anzupassen. Die entsprechende Überarbeitung der Risikostrategie und des Risikohandbuchs ist abgeschlossen.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dabei werden die oben genannten Risikokategorien (siehe Gesamt-Risikosteuerung) unterschieden. Das Settlementrisiko, das heißt das Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt, wird als Unterart des Kontrahentenrisikos definiert. Emittentenrisiken werden als Teil des Adressenausfallrisikos betrachtet.

Kreditrisiken

Bei der Steuerung der Kreditrisiken ist es das übergeordnete Ziel, die Risikopotenziale der LBB zu messen, zu überwachen und unter Risiko-Rendite-Gesichtspunkten zu optimieren.

Dazu ist es notwendig, die Risiken des Neugeschäfts zu erkennen, abzuwägen und zu begrenzen, die Risiken des vorhandenen Portfolios zu identifizieren und zu messen sowie die Struktur des Kreditportfolios zu diversifizieren und damit die Risikopotenziale insgesamt zu steuern.

Das Kreditrisikomanagement und -controlling in der LBB wurde weiter ausgebaut. Basis hierfür ist die Kreditevidenzdatenbank, in der risikorelevante Daten aller Produkte von allen Teilbanken und allen Kunden erfasst und konsolidiert werden. Darauf aufbauend werden in einem Limitmanagementsystem die Portfolios limitiert und gesteuert.

Durch die kontinuierliche Verbesserung des regelmäßigen Kreditrisikoreportings haben wir die Transparenz über die Strukturen und die Entwicklungen in den Kreditportfolios weiter erhöht. Durch zahlreiche Aktivitäten zur systematischen und zielgerichteten Verbesserung der Datenqualität wurde die Aussagekraft des Reportings und die Genauigkeit der Portfoliosteuerung weiter verbessert.

Im Berichtsjahr wurde ein einheitliches Sicherheitenmanagementsystem – das System SMS der FinanzIT - in der LBB eingeführt. Dieses gewährleistet eine institutsweit konsistente Erfassung der Sicherheitenobjekte und Sicherheitenverträge. Damit werden Auswertungen zur Besicherung der Kreditengagements auf Portfoliobasis zeitnäher und effizienter möglich.

Kreditrisikomessverfahren

Die Gefahr des Ausfalls eines einzelnen Kreditnehmers wird anhand eines Bonitätsratings beurteilt. Im Rahmen der Kreditanalyse erfolgt die Ermittlung einer Ratingklasse für jeden Kreditnehmer. Den insgesamt 18 Ratingklassen ist jeweils eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet. Dies gewährleistet die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über Segmente hinweg. Ebenso ist die Ratingklasse die Voraussetzung für die im Folgenden beschriebenen Verfahren zur Quantifizierung der Portfoliorisiken.

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und den anderen Landesbanken hat die LBB in den vergangenen Jahren Ratingsysteme entwickelt, welche die Ausfallrisiken der Kreditnehmer trennscharf quantifizieren. Durch laufendes Backtesting und daraus resultierende Anpassungen wird die Vorhersagegüte der Ratingsysteme ständig verbessert. Für alle relevanten Kreditnehmersegmente werden mittlerweile moderne Ratingverfahren eingesetzt. Im Rahmen der in der Regel jährlichen Aktualisierung wurden nahezu alle Kreditnehmer mit einem der neuen Verfahren beurteilt.

Die Pflege und Weiterentwicklung der aufgeführten Verfahren erfolgt gemeinschaftlich im Rahmen der bewährten Kooperationen.

Die Kreditvergaberichtlinien und die Kompetenzordnung basieren auf der Risikoklasse. Diese beinhaltet neben der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem Rating auch die gestellten Sicherheiten und gibt somit einen Überblick über das Verlustpotenzial eines Engagements. Die Prozesse zur Neubewertung der Sicherheiten garantieren, dass die Werthaltigkeit der Sicherheiten regelmäßig überprüft wird.

Statistisch validierte Aussagen zu den Verlustpotenzialen (den sogenannten Loss-Given-Default-Quoten) basieren auf Schätzungen im Rahmen von Projekten mit anderen Landesbanken. Im Berichtsjahr wurde insbesondere die Schätzung der Verlustquoten für das Retailgeschäft in Zusammenarbeit mit dem DSGV weiterentwickelt.

Kreditportfoliomodell

Die quantitative Analyse der Kreditrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien auf Basis des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells durchgeführt. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen basiert, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Kreditrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem sogenannten Credit-Value-at-Risk (CVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis des Konfidenzniveaus 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeld-Portfolios ermittelt und fließt in den monatlichen Gesamtrisikoreport sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Aufgrund der zentralen Bedeutung für die Kreditrisikomessung wurde das Kreditportfoliomodell auch im Berichtsjahr durch den Wirtschaftsprüfer einer vorgezogenen Prüfung unterzogen. Dabei wurde die grundsätzliche Eignung des Modells, die Kreditrisiken sachgerecht zu quantifizieren, bestätigt. Die Bewertung resultiert in der Feststellung: „Die Bank setzt mit dem CreditVaR-Modell ein sehr modernes und effizientes Instrument zur Messung der Kreditrisiken im Konzern ein. Die Vorkehrungen und Strukturen zur Erfassung des Adressenausfallrisikos auf Portfolioebene der Bank halten wir insgesamt für angemessen. Auf den bestehenden Verbesserungsbedarf haben wir hingewiesen. Die Integration dieses Instruments in den Steuerungsprozess der Konzernkreditrisiken muss weiter verfolgt werden.“

Aufgrund der hohen Sensitivität des Kreditportfoliomodells bezüglich Risikokonzentrationen ist eine Steuerung des Neugeschäfts hin zu einer größeren Risikodiversifikation gewährleistet.

Portfoliosteuerung

Auch im Berichtsjahr hat die LBB den Prozess der operativen Steuerung und Limitierung der Kreditrisiken weiterentwickelt.

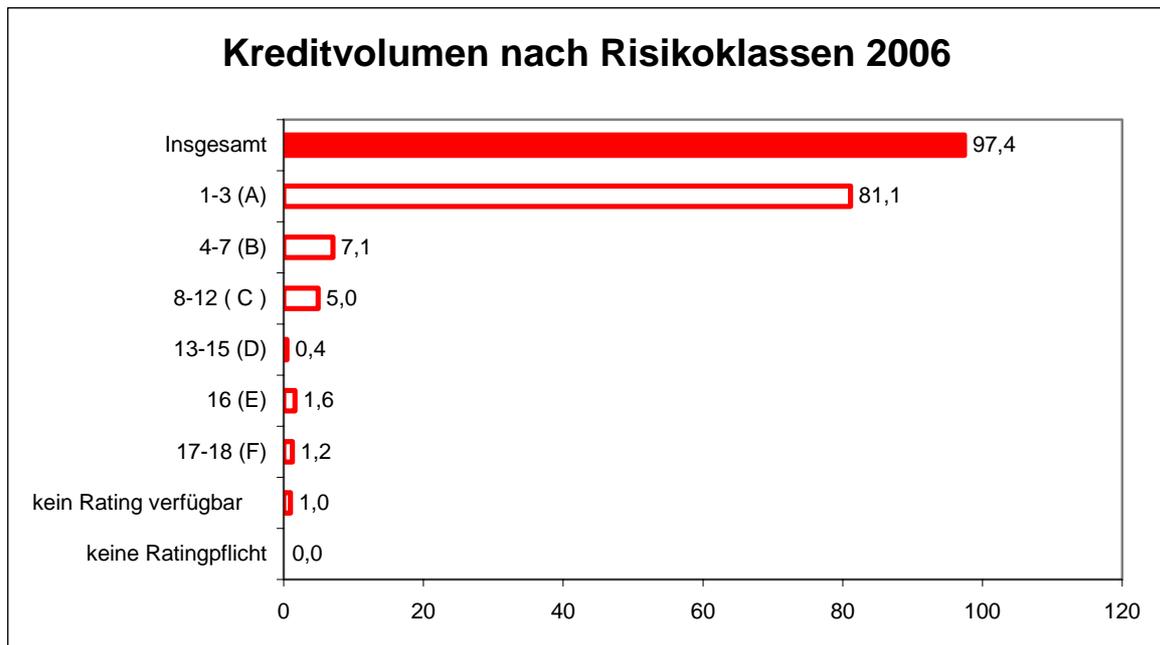
Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfolio-Limite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Dazu existieren Limite für den erwarteten Verlust wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Teilbanken und des Konzerns. Zusätzlich werden Länder- und Transferisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die Limithöhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand auf Empfehlung des Kreditrisikokomitees beschlossen.

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumen nach Branchen / Bonitäten. Dieses ermöglicht die strategische Steuerung der Portfolien.

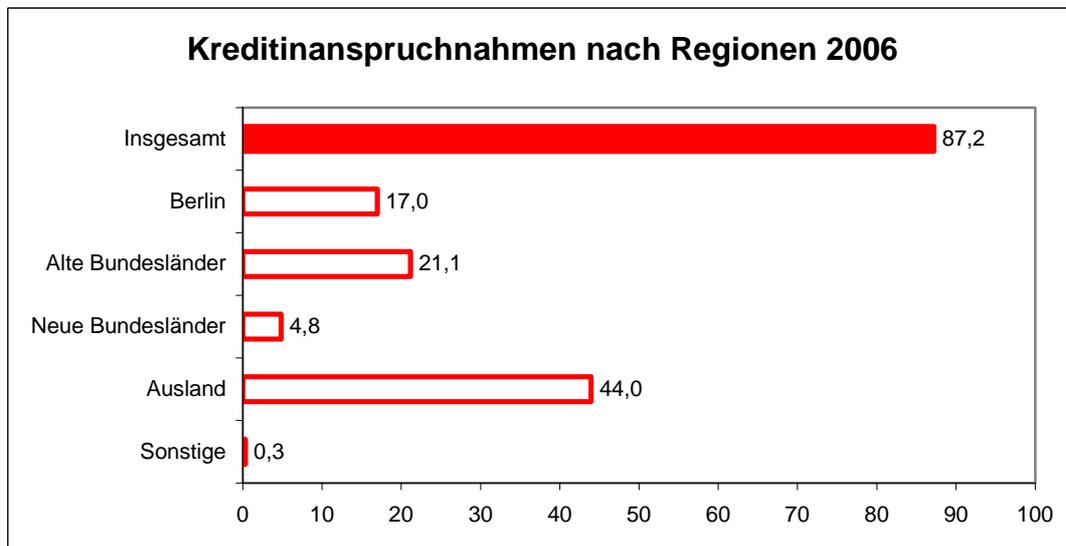
Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für Kreditengagements, für die der Gesamtvorstand zuständig ist, ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

Struktur des Kreditportfolios der LBB

Kreditvolumen¹ nach Risikoklassen² in Mrd. € per Jahresende 2006



Kreditinanspruchnahmen nach Regionen³ in Mrd. € per Jahresende 2006



¹ Kreditvolumen: Kreditinanspruchnahme zuzüglich nicht ausgenutzter Limite, die Kunden extern zugesagt wurden.

² Die Risikoklasse wurde ermittelt aus Bonitätsklasse unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten. Die in den Vorjahren verwendete Aufteilung in Risikoklassen (A bis F) wurden durch die Risikoklassen 1 – 18 ersetzt.

³ Die Zuordnung erfolgt aufgrund der Länderschlüssel und der Adresse des Kreditnehmers.

Länderrisiken

Das Auslandsgeschäft der Landesbank Berlin spielt außerhalb des Kapitalmarktgeschäfts nur eine untergeordnete Rolle. Der überwiegende Anteil befindet sich in Ländern mit den besten Länderratings. Zur Steuerung wurden eine Zielregion (Europa, Nordamerika sowie GUS), eine Nichtzielregion und Sonderfälle (beispielsweise für einzelne Handelsgeschäfte) definiert.

Länderrisiko LBB⁴

Beträge in Mio. EUR

Land	Kredit- volumen	Erwarteter Verlust
Zielregion	42.519,5	4,5
davon GUS	1.074,4	4,2
Nicht-Zielregion	313,3	1,3
Sonderfälle	2.069,6	0,1

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Die Adressenausfallrisiken des Handelsgeschäfts werden limitiert und laufend überwacht. Hierbei wird unterschieden zwischen Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditrisiken.

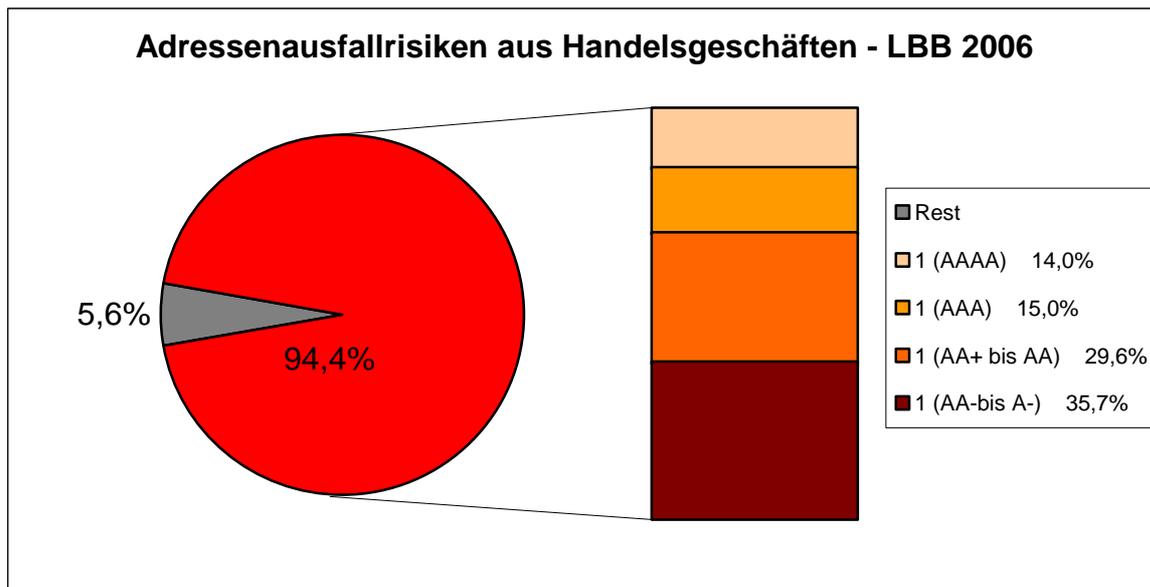
Durch einen täglichen Report stehen dem Handel Informationen über Limite, Inanspruchnahmen und frei verfügbare Limite zur Verfügung. Im Rahmen eines automatisierten Pre-Deal-Limit-Checks werden geplante Geschäfte vor Abschluss den Limiten gegenübergestellt.

Kontrahenten- und Settlementrisiken werden kontinuierlich auf Ebene der einzelnen Kreditnehmer sowohl für den Konzern als auch für die Teilinstitute überwacht und täglich an den Vorstand berichtet.

Die Kreditrisiken des Handels werden über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Diese ermöglichen es uns, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, in jedem Fall jedoch bei Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Austausch von Collaterals und der Abschluss von Kreditderivaten durchgeführt.

⁴ Kreditexposure: Kreditinanspruchnahme zuzüglich nicht ausgenutzter Limite, die Kunden extern zugesagt wurden.

Die LBB handelt überwiegend mit Adressen guter und sehr guter Bonität. Für Emittentenrisiken des Handels, die strengen Kriterien unterliegen und eine Laufzeit von weniger als 90 Tage aufweisen, kann der Kreditprozess MaRisk-konform vereinfacht werden. Für diese Positionen wird kein Rating erstellt. Sie werden in der folgenden Graphik unter der Kategorie „Rest“ mit ausgewiesen.



Angaben zu den Derivatevolumina sind im Anhang zu finden.

Bildung der Kreditrisikovorsorge

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, bei denen auch die Kompetenz für Einzelwertberichtigungen liegt. Oberhalb definierter Betragsgrenzen ist die Zustimmung von einzelnen Vorstandsmitgliedern oder des Gesamtvorstands erforderlich.

In einem Report an den Vorstand wird auf monatlicher Basis sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsansätze beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung gehen die Ergebnisse der oben beschriebenen Weiterentwicklungen des Kreditrisikomessverfahrens (z.B. Rating, Ausfallwahrscheinlichkeit, Loss-Given-Default-Quote) ein. Der Portfoliowertberichtigungsbedarf nach IAS / IFRS resultiert aus diesen Berechnungen und wird quartalsweise festgelegt.

Anteilseignerrisiken

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Risikotragfähigkeitsberechnungen integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden lediglich bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden.

Das für das jeweilige Geschäftsfeld steuerungsverantwortliche Management legt sowohl die operativen als auch strategischen Ziele der Beteiligungen als Voraussetzung für eine daraus abzuleitende operative Planung und Steuerung fest. Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des Geschäftsfelds, dem sie zugeordnet sind.

Der Vorstand wird monatlich über die Risikolage informiert.

Das Projekt „Reduzierung des Beteiligungsportfolios“ wurde im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen. Einzelne Beteiligungen werden im Rahmen der Wahrnehmung der Steuerungsverantwortung das Portfolio noch verlassen.

Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld der Beteiligungen werden regelmäßig durch ein Benchmarking mit externen Branchenratings festgestellt und analysiert.

Im Berichtsjahr wurde die Kategorie Immobilienrisiken eingeführt. Die Risiken aus Grundstücksgesellschaften, die im Vorjahr unter Anteilseignerrisiken ausgewiesen wurden, erscheinen in der neuen Kategorie. Darüber hinaus werden einige Gesellschaften nun nicht mehr dem Anteilseignerrisiko zugeordnet, sondern es erfolgt eine detailliertere, risikoarten-

bezogene Betrachtung und entsprechend der Ausweis unter Markt-, Immobilien- oder Adressenausfallrisiko. Insgesamt hat sich die Risikokennziffer bei den Anteilseignerrisiken gegenüber dem Vorjahr im Konzern um 60 % reduziert.

Eine Auflistung des wesentlichen Anteilsbesitzes findet sich als Anlage zum Anhang.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass die Bank zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, ihren ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und im vollen Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit). Wir unterteilen es in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristigen, fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Finanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenüber steht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

In der LBB wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 Kreditwesengesetz (KWG) und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht.

Die Liquiditätskennziffern für die Teilinstitute betragen per 31. Dezember 2006:

Teilinstitut	Liquiditätskennziffer gemäß Grundsatz II
Landesbank Berlin	1,88

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Zusätzlich wird für die LBB ein deutlich über den Grundsatz II hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling durchgeführt, das den bankinternen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken bildet und den Bedürfnissen des Konzerns angepasst ist. Somit gilt das nachfolgend beschriebene Verfahren insbesondere auch für die LBB.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Bestandteil der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen. Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling daraufhin überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen dabei in unterschiedlicher Ausprägung den Abfluss kurzfristiger Einlagen, die Ziehung zugesagter Kreditlinien und Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen zum Zweck der Liquiditätsgenerierung. Die hierbei getroffenen Annahmen gehen zum Teil von deutlich höheren Liquiditätsbelastungen aus als sie durch den Grundsatz II angenommen werden und sind somit im Hinblick auf die Beurteilung der Liquiditätssituation deutlich konservativer. Zudem wird in allen Szenarien einheitlich unterstellt, dass der Zugang zu unbesicherten Refinanzierungsquellen nicht mehr zur Verfügung steht und die Refinanzierung für jeden Tag im betrachteten Zeitraum ausschließlich über die freien Wertpapierbestände zu sichern ist. Hierbei wird die potenzielle Liquidierbarkeit jedes Wertpapiers im Hinblick auf Verwertungszeiträume und Verwertungskosten berücksichtigt.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses zur Verfügung gestellt.

Das Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen.

Die Auslastung der Limite war 2006 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko zum Jahresende und auch im Jahresverlauf unbedenklich.

Marktpreisrisiken

Der Konzern geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstigen Preisrisiken in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Handels- und Bankbuchaktivitäten

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Geschäftsfelder des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzeptes und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Jahresziele [Capital-at-Risk⁵ (CAR)-Limite] transformiert und vom Vorstand verabschiedet.

⁵ Capital-at-Risk bezeichnet das 10-tägige Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %

Capital-at-Risk-Limite und –Inanspruchnahmen 2006

in Mio. €

Capital-at-Risk LBB AG 2006

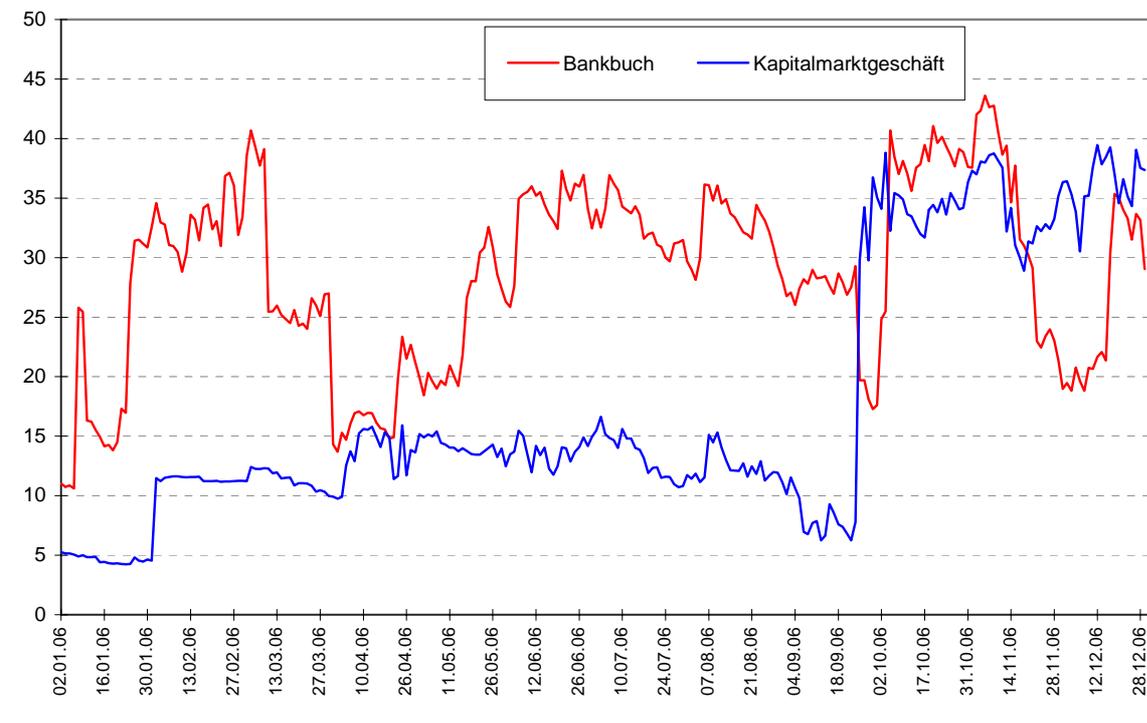
Einheit	Durchschnitt 2006	Minimum 2006	Maximum 2006	Limit per 31.12.2006
Trading	5,46	0,47	23,00	40,00
Client Business	1,65	0,03	9,34	25,00
Treasury	13,39	3,97	29,56	60,00
Internationales Geschäft	0,81	0,08	2,93	5,00
Kapitalmarktgeschäft LBB	17,64	4,25	39,46	
Bankbuch Landesbank	28,73	10,60	43,60	250,00
LBB (gesamt)	40,28	12,03	76,64	325,00

Aktienrisiko	5,87	0,13	24,60	
Währungsrisiko	2,50	0,04	11,08	
Zinsrisiko	37,63	9,72	73,04	
Credit Spread Risiko	15,17	2,55	37,95	
LBB (gesamt)	40,28	12,03	76,64	

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Gesamt-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Im Jahresverlauf 2006 ergaben sich die folgenden Auslastungen für die Handelsbereiche (Kapitalmarktgeschäft) und das Bankbuch:

Marktpreisrisiko der LBB in Mio. €



Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Risikosteuerung für die Handelsaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der CAR-Limite / -Auslastungen und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (z. B. Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite). Die Ergebnisse der täglichen CAR-, und Gewinn- und Verlustanalysen werden dem für das Risiko-Controlling sowie dem für das Kapitalmarktgeschäft zuständigen Vorstandsmitglied zur Kenntnis gebracht.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für die Bankbücher erfolgt ebenfalls täglich auf Basis der Verfahren, die zur Kontrolle der Handelsgeschäfte eingesetzt werden. Ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags - insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt - wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung weiter fundiert wird. 14-tägig berät und entscheidet der Dispositionsausschuss des Vorstands über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Im Dezember 2004 wurden die internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung aufsichtsrechtlich anerkannt. Seitdem werden die Risiken aus den Handelsbuchaktivitäten der Landesbank Berlin AG auf Basis dieses internen Modells gemeldet. Die Eigenkapitalbindung wurde dadurch erheblich reduziert. Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Regelmäßig und bei Bedarf tritt das Allgemeine Produkt Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen Produkt Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (CAR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfandbrief- und Swapkurven explizit gemessen. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten über implizite Ausfallintensitäten berechnet. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil. Dieses Verfahren versetzt die LBB in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der circa 1.900 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und monatlich auf Vorstandsebene diskutiert.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Anschluss) ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen.

Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung für die Handelsgeschäfte im 15-Minuten-Rhythmus geht das ARMADA-System deutlich über die MaRisk hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Reporting der Marktpreisrisiken

Die LBB hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten)
- Täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss
- Monatlicher Bericht gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf

Die in der LBB eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert.

Immobilienrisiken

Das Portfolio der konzerneigenen Immobilien besteht aus Objekten, die im Anlagevermögen der Konzernbanken bilanziert werden oder sich in konzerneigenen Grundstücksgesellschaften befinden.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure (aktuelle Buchwerte, Impairment- bzw. Gutachtenwerte der Objekte) wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt. Ein Reporting erfolgt vierteljährlich.

Operationelle Risiken

Entsprechend der Rahmenvereinbarungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht sind operationelle Risiken in der LBB definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Gemäß der Risikostrategie des Konzerns obliegt das Risikomanagement den Unternehmensbereichen als Teil ihrer Ergebnisverantwortung. Diese dezentrale Steuerungsverantwortung umfasst die Steuerung von akzeptierten operationellen Risiken und die Eingrenzung und / oder den Transfer nicht akzeptierter operationeller Risiken durch Initiierung und Umsetzung von Gegenmaßnahmen. Die zentrale Controllingfunktion obliegt dem Bereich Controlling, der für die Einführung und Festlegung des Risikomanagementprozesses, von geschäftsfeldübergreifenden Regelwerken und Strategien, von qualitativen und quantitativen Messmethoden, für die Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen sowie für die Da-

tenevidenz verantwortlich ist. Darüber hinaus ist der Bereich Controlling an der Konzeption von Versicherungsmodellen zum Risikotransfer beteiligt.

Die LBB wird die regulatorische Eigenkapitalunterlegung zukünftig nach dem Standardansatz vornehmen und entwickelt interne Verfahren zur Berechnung der operationellen Risiken laufend weiter. Die aufsichtsrechtliche Anerkennung ist zu einem späteren Zeitpunkt geplant. Die qualitativen Anforderungen in Bezug auf das Management und das Controlling der operationellen Risiken im Zusammenhang mit der Umsetzung der nationalen Anforderungen (SolvV) werden erfüllt.

Interne Verfahren

Durch etablierte Verfahren ist eine einheitliche Aufbau- und Ablauforganisation des Risikomanagements und eines Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken sichergestellt. Mittels der Einbindung der verantwortlichen zentralen Kernkompetenzbereiche (z.B. Personal, Organisation, Informationstechnologie und Recht) einerseits sowie der Geschäftsfelder und Tochtergesellschaften andererseits wird die einheitliche Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems in den Geschäftsbereichen und den Teilunternehmen gewährleistet.

Wesentliche Instrumente des Risikomanagements sind die Risikoinventur (OpRisk-Inventur), das Frühwarnsystem und die systematische Sammlung interner und externer Schadensfälle. Bei der OpRisk-Inventur schätzen alle Geschäftsfelder und die Teilunternehmen ihre Risikosituation anhand von Szenarien und unter Berücksichtigung von Risikoindikatoren sowohl qualitativ in Form von Noten als auch quantitativ in Form einer monetären Bewertung selbst ein. Damit erhält die Bank Aufschluss über die mögliche Entwicklung der operationellen Risiken und wird auf kritische Risikosituationen hingewiesen.

Die in der Bank durchgeführten organisatorischen und technischen Maßnahmen haben 2006 zu verminderten Risikoeinschätzungen bei der OpRisk-Inventur geführt.

Im Berichtszeitraum wurde das Frühwarnsystem weiterentwickelt. Dazu gehören unter anderem die detailliertere Analyse und Bewertung von wesentlichen Auslagerungen (Outsourcing) des Konzerns entsprechend der aktuellen aufsichtsrechtlichen Entwicklungen sowie ein Ratingsystem für die qualitative Bewertung von Geschäftsprozessen. Das Geschäftsprozess-Rating befindet sich aktuell in ausgewählten Bereichen in der Testphase.

In Ergänzung der seit mehreren Jahren durchgeführten internen Schadensfallsammlung hat sich der Konzern an einem Projekt der Gesellschaft des Bundesverbandes öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB e.V. (VÖB-Service GmbH) zum Aufbau eines externen Datenkonsortiums beteiligt. Im Jahr 2006 wurde das Datenkonsortium gegründet und der Datenaustausch begonnen. Dies ermöglicht ein Benchmarking und eine Plausibilisierung der internen Daten, die Weiterentwicklung von Szenarien und statistischer Auswertungen.

Personalrisiken

Nach Abschluss der Restrukturierung konzentrierte sich der Konzern auf die Stärkung der Zukunftsfähigkeit in einem sich weiter wandelnden Markt.

Mit der Kommunikationsoffensive „Aufbruch 2006“ wurden die individuellen Ziele der unterschiedlichen Einheiten im Dialog zwischen den Führungskräften und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch verbindliche Vereinbarungen konkretisiert und insgesamt miteinander abgestimmt.

Diese bildeten die Grundlage für zahlreiche bereichsinterne und –übergreifende Projekte, die in der Regel Produktivitätssteigerungen oder effizientere Prozesse zum Ziel hatten. Die durchgeführten Maßnahmen setzten Schwerpunkte bei den Schulungen im Verkaufsprozess der Retailbereiche sowie bei Expertenqualifizierungen in Spezialbereichen.

Bei den Kundengeschäftsfeldern stand die hohe Qualität der Prozesse und Serviceleistungen im Fokus. In Kernteams wurden einheitliche Service- und Beratungsversprechen definiert und kommuniziert. Zu den Maßnahmen dieser Qualitätsoffensive gehörten auch umfangreiche Vertriebsstrainings, die Telefoncoaching und Führungskräfte-Workshops einbezogen.

Im Rahmen der Neuausrichtung der Bank haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Leitbild entwickelt, das Führung, Zusammenarbeit und Kommunikation in klaren Leitsätzen verbindlich definiert. Daraus abgeleitet wurde zur Sicherung der Führungsqualität und zur Weiterentwicklung der Führungsstandards das Instrument des Führungsfeedbacks in allen Bereichen des Konzerns verpflichtend eingeführt. Es komplettiert die bestehenden Personalinstrumente und sichert die Stabilität und Innovationsfähigkeit der personellen Ressourcen des Konzerns.

Mit diesen Aktivitäten konnten Personalrisiken, die die Handlungsfähigkeit der Bank signifikant beeinflussen würden, minimiert werden.

Systemrisiken

Die gesetzten Restrukturierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen wurden für die Holding erreicht.

Im September 2006 erfolgte als Abschluss des Projekts „Eine Bank“ die technische Fusion der Institute Bankgesellschaft Berlin AG, Landesbank Berlin AG und Berliner Sparkasse.

Sonstige Maßnahmen aus der konzernweiten Informationstechnologie-Strategie wurden verfeinert und umgesetzt. Im Berichtsjahr wurden die Systeme der Finanzbuchhaltung auf SAP/R3 umgestellt und ein zentrales System für das Sicherheiten-Management eingeführt. Damit trug die Bank der Notwendigkeit eines homogenen und stabilen Systemumfelds Rechnung.

Die technische Lösung zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen an die IFRS-Rechnungslegung für Forderungen und Verbindlichkeiten wurde zum 1. Januar 2006 in Betrieb genommen. Darüber hinaus wurden umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen umgesetzt, um die Qualität der Datenbelieferung der IAS-SAP-Lösung aus den operativen Systemen sicherzustellen und die monatliche Erstellung der Bilanzkennzahlen nach HGB und IFRS zu ermöglichen.

Die LBB hat ferner das Notfallmanagement für die Retailsysteme modernisiert und verfeinert. Auf dieser Basis werden regelmäßige Notfallübungen durchgeführt.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den voraus gegangenen Geschäftsberichten dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe (IBG), vormals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 sogenannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe für die Bankgesellschaft Berlin AG und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin auf die Landesbank Berlin – Girozentrale – (nunmehr firmierend als Landesbank Berlin AG).

Die Europäische Kommission hat die Umstrukturierungsbeihilfen zugunsten der Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr firmierend als Landesbank Berlin Holding AG) in vollem Umfang genehmigt. Die Entscheidung wurde veröffentlicht und zwischenzeitlich bestandskräftig.

Die Bundesregierung, das Land Berlin und die Bank haben mit der EU-Kommission einen Zeitplan vereinbart, in dem die wichtigsten für die Umsetzung der Zusagen relevanten Maßnahmen aufgeführt sind. Der Fortgang der Restrukturierung und die Umsetzung der einzelnen Zusagen stimmen mit dem dafür vereinbarten Zeitplan überein.

Da die Entscheidung der EU-Kommission inzwischen Bestandskraft besitzt, die Bank alle vereinbarten Maßnahmen bisher plangemäß umgesetzt hat und es für den Konzern außer Frage steht, dass auch die Bundesregierung und das Land Berlin die erforderlichen weiteren Maßnahmen ergreifen werden, um die Zusagen einzuhalten, bestehen nach Auffassung der Bank keine Rechtsrisiken aus diesem Beihilfeverfahren für die ehemalige Bankgesellschaft und den Konzern. Bei dieser Einschätzung darf jedoch nicht übersehen werden, dass es sich bei der Umsetzung der Zusagen um einen komplexen Prozess handelt, für dessen Ablauf – insbesondere für die 2007 vorgesehene Veräußerung der vom Land Berlin an der Holding gehaltenen Anteile – nicht die Bank alleine verantwortlich zeichnet.

Die EU-Kommission hat entschieden, dass die LBB eine Beihilfe zuzüglich Zinsen an das Land Berlin zurückzugewähren hat. Diese Beihilfe resultiert aus der Einbringung der Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin (danach Investitionsbank Berlin) im Jahr 1993 und der anschließenden Nutzung ihrer Zweckerücklage durch die LBB. Die Entscheidung wurde im Jahre 2005 in vollem Umfang umgesetzt. Die Entscheidung ist veröffentlicht und zwischenzeitlich bestandskräftig.

Einigung zwischen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission in der Frage der Berliner Sparkasse

Die Bundesregierung und die Europäische Kommission haben sich darauf geeinigt, dass die Regelungen des § 40 KWG dem Berliner Sparkassengesetz nicht entgegenstehen. Das bedeutet, dass in dem anstehenden Veräußerungsverfahren auch ein privater Investor die LBB erwerben und die Bezeichnung "Berliner Sparkasse" fortführen darf. Er unterliegt dabei den Maßgaben des Berliner Sparkassengesetzes. Aufgrund dieser Einigung ist sichergestellt, dass die LBB hinsichtlich des Bezeichnungsschutzes für die Berliner Sparkasse in dem von der Kommission geforderten diskriminierungsfreien Verfahren veräußert werden kann. Daher erwachsen der Holding hieraus keine Risiken.

Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)

Die Bankgesellschaft Berlin AG hat im Jahr 2003 die Anteile an der Allbank an die GE Bank GmbH veräußert. Deren Rechtsnachfolgerin, die GE Money Bank GmbH, macht nunmehr Gewährleistungsansprüche aus dem Aktienkaufvertrag wegen drohender Verjährung im Wege einer Feststellungsklage geltend, für die Rückstellungen in ausreichender Höhe gebildet worden sind.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Von den Risiken des verlustreichen Immobiliendienstleistungsgeschäfts der Vergangenheit wurde der Konzern durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt.

Die Abschirmung bezieht sich auf die Werthaltigkeit von Bilanzpositionen bestimmter Beteiligungen des Konzerns, auf die Erfüllung der bestimmten Immobilienfonds zugesicherten Garantien sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien erhält das Land Berlin von der Holding bis mindestens einschließlich 2011 eine wirtschaftlich nunmehr von der LBB zu tragende Avalprovision von 15 Mio. € pro Jahr. Daneben hat das Land Berlin einen an bestimmte Bedingungen geknüpften Besserungsschein erhalten, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der Detailvereinbarung allein zu tragen sind.

Die EU-Kommission genehmigte die Risikoabschirmung durch das Land Berlin, unter der Auflage, die von der DetV erfassten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts bis zum 31. Dezember 2005 an konzernfremde Dritte oder an das Land Berlin zu veräußern bzw. oder aber zu liquidieren.

Das Land Berlin und der Konzern schlossen im Dezember 2005 einen Kauf- und Abtretungsvertrag über die noch vorhandenen und von der DetV erfassten Gesellschaften.

Die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse wurden durch beim Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Abspaltung von der IBAG zur Aufnahme in die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (vormals BB-Data Gesellschaft für Kommunikationssysteme GmbH) (GfBI) sowie die Herauslösung von Sachverhalten der Erweiterten Negativliste zur Aufnahme in die GfBI Immobilien Solutions GmbH (vormals Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien der IBAG-Gruppe mbH) (GfBI IS) zu erwähnen.

Die Übertragung des auszugliedernden Immobiliendienstleistungsgeschäfts erfolgte mit dinglicher Wirkung am 30. Juni 2006. Die handelsrechtlichen und steuerlichen Ergebnisse stehen seit dem 1. Januar 2006 dem Käufer zu.

Der Bewertung der veräußerten Gesellschaften wurden in dem Kaufvertrag mit dem Land bestimmte Annahmen hinsichtlich des vorhandenen Eigenkapitals und der weiteren Geschäftsentwicklung zu Grunde gelegt. Die Richtigkeit dieser Annahmen ist anhand der zum 30. Juni 2006 für diese Gesellschaften zu erstellenden Zwischenabschlüsse zu prüfen. Diese Prüfung dauert noch an und wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2007 abgeschlossen. Für aus der Überprüfung möglicherweise entstehende weitere Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Land hat der Konzern in ausreichendem Umfang Rückstellungen gebildet.

Die LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV), in der das Risikomanagement und –controlling hinsichtlich der DetV zusammengefasst war, ist an das Land übergegangen. Den aus den auch weiterhin insbesondere von den Konzernbanken zu beachtenden Regeln der DetV im Grundsatz weiterhin resultierenden Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der Controlling-Gesellschaft des Landes (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

Die im Konzern verbliebenen und der GfBI bzw. deren Tochtergesellschaften zugeordneten Risiken, insbesondere die Sachverhalte der „Erweiterten Negativliste“ sowie weitere nicht unter die DetV fallende Positionen werden zentral in der GfBI bearbeitet und dort durch ein entsprechendes Risikomanagement- und -controllingsystem gesteuert und überwacht. Im Zusammenhang mit der Übertragung wurden - wie bereits erwähnt - verschiedene gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungen vorgenommen. Die einschlägigen Bestimmungen des Aktienrechts bzw. des Umwandlungsrechts gewähren bei derartigen Umstrukturierungen den Gläubigern der betroffenen Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf Sicherheitsleistung für ihre bestehenden Forderungen. Entsprechende Ansprüche wurden mittlerweile bei der Holding, der LBB, der GfBI und der GfBI IS angemeldet. Sie werden derzeit auf ihre Berechtigung geprüft. Zusätzliche Risiken ergeben sich daraus jedoch nicht. Sollte in diesem Zusammenhang vom Konzern Sicherheit zu leisten sein, würden hierdurch lediglich bereits bestehende Verpflichtungen zusätzlich abgesichert, so dass eine Erweiterung der Verpflichtungen des Konzerns hierdurch nicht entstehen kann.

Einen wesentlichen Beitrag zur Risikobegrenzung stellt der Ende 2005 begonnene und im Berichtsjahr fortgeführte Kauf von Fondsanteilen dar. Dabei hat die FinTech Einundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, eine Tochtergesellschaft der LPFV, den Zeichnern von insgesamt 15 Fonds, die von der IBV aufgelegt wurden, ein Angebot zum Erwerb ihrer Anteile unterbreitet. Alternativ wurde den Zeichnern von 13 der zuvor bezeichneten Fonds die Möglichkeit eingeräumt, bei der LBB ein Darlehen zu beantragen, das von dieser treuhänderisch vergeben und durch eine Sicherungsabtretung der jeweiligen Fondsanteile besichert wird. Bei den oben genannten Maßnahmen hat das Land Berlin zuvor zugestimmt, so dass sie von der Freistellung nach Detailvereinbarung erfasst sind. Dies stellt gleichzeitig eine weitere Maßnahme dar, die den erfolgreich beendeten Sanierungsprozess flankiert.

Nichtigkeit der in Geschäftsbesorgungsverträgen enthaltenen Vollmachten zum Abschluss von Kreditverträgen

Nach inzwischen ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind von einem Kunden abgeschlossene umfassende Geschäftsbesorgungsverträge mit einem Vermittler, der nicht Rechtsanwalt ist, wegen Unvereinbarkeit mit dem Rechtsberatungsgesetz gemäß § 134 BGB nichtig.

Die hierzu noch in den vorangegangenen Berichtsjahren anhängigen Streitigkeiten wurden zwischenzeitlich weitgehend beendet. Im Übrigen ist ausreichend Vorsorge getroffen.

Prospekthaftungsklagen im Zusammenhang mit geschlossenen Immobilienfonds (IBV-Fonds) sowie Klage einer Fondsgesellschaft

Gegen die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr die Holding), die LBB und weitere Gesellschaften des Konzerns sind einzeln oder - in jeweils unterschiedlichen Konstellationen - gemeinsam Klagen wegen der Erstellung beziehungsweise des Vertriebs angeblich fehlerhafter Prospekte von IBV-Fonds erhoben worden. Die Fonds waren durch die Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, nunmehr firmierend als Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der BIH-Gruppe (IBV) initiiert worden sind, initiiert worden.

Gemeinsam mit dem Land Berlin hat der Konzern ein sogenanntes streitschlichtendes Angebot entwickelt, das den Zeichnern von 15 IBV-Fonds Ende November 2005 unterbreitet wurde. Aufgrund dieses Angebotes, das im Rahmen der Detailvereinbarung erfolgte, haben 4.515 von ursprünglich rund 7.700 klagenden Zeichnern ihre Klagen zurückgenommen, um von dem streitschlichtenden Angebot Gebrauch zu machen.

In 14 vom Landgericht Berlin bisher entschiedenen Verfahren wurde die Klage wegen angeblicher Prospekthaftungsansprüche gegen die LBB abgewiesen. Davon sind fünf Entscheidungen rechtskräftig geworden. Urteile, in denen Prospekthaftungsansprüchen gegen die LBB oder die Holding stattgegeben wurde, liegen bisher nicht vor.

Die Holding und die LBB haben bei den Fonds "LBB Fonds 2", "IBV International 1" und "IBV International 2", "BerlinHyp Fonds 1" und "BerlinHyp Fonds 2" und den "IBV Leasing Fonds" bis zum 31. März 2007 weiterhin auf die Einrede der Verjährung bezüglich der möglichen Ansprüche der Zeichner aus der sogenannten engen und / oder weiten Prospekthaftung verzichtet.

Sofern die Zeichner in den Prospekthaftungsklagen obsiegen sollten, ist der Konzern (vormals Bankgesellschaft Berlin) gegen die Klagesummen durch die Detailvereinbarung abgeschirmt.

Ferner hat eine Fondsgesellschaft, der „LBB Fonds 13“, am 28. Dezember 2004 Klage auf Schadensersatz in Höhe von 29,25 Mio. € gegen die jetzige Holding, die LBB und die IBG im Zusammenhang mit der Übertragung von Swaps auf die Fondsgesellschaft im Jahre 1998 erhoben. Der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH i.L. und der IBV wurde der Streit verkündet.

Rechtsfolgen aus den Urteilen des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 14. Juni 2004

In mehreren Urteilen hatte der 2. Zivilsenat des BGH am 14. Juni 2004 unter anderem zur Rückabwicklung von Finanzierungen für Beteiligungen an geschlossenen Fonds und zur fehlerhaften Angabe von Gesamtkreditkosten in Verbraucherkreditverträgen Stellung genommen. Vor dem Hintergrund der jüngeren Rechtsprechung des BGH konnten die in den vorangegangenen Berichtsjahren geltend gemachten Ansprüche der Kunden weitestgehend erfolgreich zurückgewiesen und das bestehende Streitwertvolumen signifikant gesenkt werden. Bezüglich der noch bestehenden streitigen Fälle wurde eine ausreichende Risikovor-sorge getroffen.

Auswirkungen der Streitigkeiten mit dem DSGV über die Zugehörigkeit zum Öffentlichen Sektor

Die LBB streitet mit dem DSGV e.V. vor dem Landgericht Berlin über die weitere Zugehörigkeit zum Verband und die zukünftige Nutzung der Marken des DSGV durch die LBB und die Berliner Sparkasse. Die LBB hat erstinstanzlich in diesem Verfahren obsiegt. Aufgrund dieses Urteils ist sowohl festgestellt, dass die LBB Mitglied im DSGV ist, als auch, dass LBB und Berliner Sparkasse die DSGV-Marken uneingeschränkt nutzen können. Es ist derzeit nicht abzusehen, ob der DSGV e.V. gegen dieses Urteil Berufung einlegen wird. Die LBB hält das rechtliche Risiko aus dieser Streitigkeit für gering.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Die im September 2005 durch den Vorstand verabschiedete Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und wurde im Berichtsjahr fortgeschrieben.

Als Instrument zur Überwachung und Steuerung der Ergebnisziele der Geschäftsfelder wurde ein einheitlicher Reportaufbau entwickelt, der sich an strategischen und durch die Bank steuerbaren Kennzahlen orientiert.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in der Vorstandssitzung präsentiert. Damit wird gleichzeitig die Einhaltung der Strategie regelmäßig überprüft.

Die Vorbereitungen zur Privatisierung der Holding binden erhebliche Ressourcen.

Veräußerung der Berliner Bank

Gemäß der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 war der Konzern verpflichtet, das unter der Marke „Berliner Bank“ in einer eigenen Niederlassung der LBB geführte Geschäft bis zum Jahr 2007 zu veräußern. Die Entscheidung sieht die Vertragsunterzeichnung bis zum 1. Oktober 2006 und die Umsetzung bis zum 1. Februar 2007 vor. Die Veräußerung wurde in einem offenen, diskriminierungsfreien und transparenten Bieterverfahren konform zur Entscheidung der EU-Kommission durchgeführt.

Bereits am 20. Juni 2006 unterzeichnete die LBB mit der Deutschen Bank AG einen Vertrag über den Verkauf der Berliner Bank. Zum 1. Oktober 2006 wurde die Berliner Bank AG & Co. KG gegründet. Das der Berliner Bank als Niederlassung der LBB zugeordnete Vermögen, alle Mitarbeiter und Kunden wurden in die neu geschaffene Gesellschaft übertragen. Mit Wirkung zum 31. Dezember 2006 hat die LBB sämtliche Anteile an der Berliner Bank AG & Co. KG an die Deutsche Bank AG verkauft. Damit wird der Konzern die Auflage der EU-Kommission vollständig und vor Fristablauf umgesetzt haben.

Die Risiken aus den beihilferechtlichen Anforderungen an Veräußerungsumfang und -verfahren haben sich damit erneut deutlich reduziert. Sie wurden bereits unter den rechtlichen Risiken dargestellt.

Für die noch nach dem Verkauf der Berliner Bank durchzuführenden technischen, organisatorischen und personellen Maßnahmen bestehen ausreichende Rückstellungen.

Prognosebericht / Ausblick

Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Die derzeit zu beobachtende Auftragsentwicklung signalisiert eine anhaltend hohe Investitionsneigung im Inland. Demgegenüber lässt die Dynamik im Export und in der Bauwirtschaft nach. Ferner ist die von der Geldpolitik ausgehende Schubkraft für die deutsche Wirtschaft zum Jahreswechsel deutlich geringer geworden. Da die amerikanische Wirtschaft ihren ehemaligen Wachstumsvorsprung kurzfristig nicht zurückgewinnen dürfte, ist auch für Deutschland von einem anhaltenden aber verhalteneren Expansionstempo auszugehen.

Dennoch sind die wirtschaftlichen Perspektiven der Region Berlin-Brandenburg für 2007 im Vergleich zur schwachen Entwicklung der zurückliegenden Jahre positiv. Im verarbeitenden Gewerbe stiegen die Bestellungen nochmals deutlich und die Auftragsbestände erreichten ein hohes Niveau. Zudem stützen die verbesserte Arbeitsmarktsituation, der verstärkte Berlin-Tourismus sowie die Wachstumsimpulse aus den neuen EU-Ländern die konjunkturelle Entwicklung. Allerdings limitieren steuerliche Mehrbelastungen sowie die Maßnahmen zur Konsolidierung der Sozialkassen die Spielräume für steigende private Konsumausgaben. Insgesamt sollte sich 2007 dennoch im zweiten aufeinander folgenden Jahr ein Anstieg der regionalen Wirtschaftsleistung um mindestens 1 % ergeben.

Auch mittelfristig haben sich die Wachstumsaussichten verbessert. Der Wirtschaftsstandort Berlin kann im nationalen Vergleich mittlerweile auf eine hohe Forschungs- und Entwicklungsintensität sowie Erfolge bei der Produktivitätssteigerung verweisen. In Verzahnung mit vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen ist von einem Präsenzausbau speziell in innovativen Branchen auszugehen. Als Kompetenzfelder sind dabei die Bio- und Medizintechnik, die Verkehrstechnik, die Informations- und Kommunikationstechnik im Verbund mit dem Medienbereich sowie die Weiterentwicklung der Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg hervorzuheben.

Während die Aussicht für die Gesamtwirtschaft durchaus positiv ist, bleiben die Rahmenbedingungen für das Kreditgewerbe verhältnismäßig schwierig. Die Zinsstrukturkurve dürfte

auch künftig flach bleiben und folglich Ertragspotenziale aus der Fristentransformation begrenzen. Darüber hinaus hält der Konsolidierungsdruck auf dem deutschen Bankenmarkt bei gleichzeitig intensiverer Marktdurchdringung durch ausländische Institute an.

Geschäftliche Ausrichtung

Die LBB Holding ist durch ihr Tochterunternehmen LBB sowie durch ihre weiteren Konzernunternehmen darauf ausgerichtet, in den drei Säulen ihrer Geschäftstätigkeit, dem Retailgeschäft, den Immobilienfinanzierungen und dem Kapitalmarktgeschäft weiter zu wachsen und entsprechende Investitionen in Marktchancen und Qualitätsverbesserungen durchzuführen.

Soll / Ist-Vergleich

Die Ziele der Landesbank Berlin Holding AG als Konzernobergesellschaft des Konzerns für das Berichtsjahr 2006 wurden in einer Mittelfristplanung beschrieben, die auch Teil des Restrukturierungsplanes war, der der Europäischen Kommission eingereicht wurde und Grundlage der Beihilfegenehmigung war.

Die LBB Holding hat – wie auch in den Jahren zuvor – die wesentlichen Ziele dieser Planung erreicht, unter Berücksichtigung des Ertrages aus der Veräußerung der Berliner Bank sogar deutlich übertroffen.

Mittelfristplanung / Schätzverfahren

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns Landesbank Berlin Holding und damit auch für die LBB Holding AG liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Für das Jahr 2007 und den mittelfristigen Planungshorizont bis 2011 erwarten wir eine zwar positive, aber im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung in unserer Kernregion Berlin-Brandenburg. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass die Zinsstrukturkurve im Mittel flacher sein wird als in den letzten Jahren. Basierend auf diesen Annahmen zu den Rahmenbedingungen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine dezentrale Planung bottom-up durch die Geschäftsbereiche der Konzernunternehmen. Hierin wurden die Ziele hinsichtlich Kunden / Marktstellung, Neugeschäft und Erträge, Risiken geplant und Investitionen und Kosten detailliert.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

Zusammenfassung / Gesamtaussage

Erstmals wird das Jahr 2007 ein Geschäftsjahr sein, das weitgehend unbeeinflusst bleibt von Sondereinflüssen aus Restrukturierungsmaßnahmen. Im operativen Geschäft erwarten wir, dass der Wegfall des Ergebnisbeitrages der Berliner Bank weitgehend kompensiert werden kann und die Landesbank Berlin nachhaltig positive operative Ergebnisse erzielt. Grundlage hierfür ist die Erwartung eines moderaten, in einzelnen Geschäftsfeldern auch signifikanten Ertragswachstums bei nur im geringen Umfang ansteigenden Verwaltungsaufwendungen und Aufwendungen zur Risikovorsorge.

Wir gehen davon aus, auf Basis der neu geordneten und deutlich vereinfachten Konzernstruktur, auch ohne die Erträge der zwischenzeitlich veräußerten Berliner Bank, einen Jahresüberschuss zu erreichen, der eine Ausschüttung der LBB Holding AG mindestens in Höhe der Ausschüttung für das Jahr 2006 ermöglicht.

Bilanz der LBB Holding AG zum 31. Dezember 2006

Aktivseite	Anhang				Vergleichszahl 2005		Vorjahr
	Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Barreserve							
a) Kassenbestand				0		0	0
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				0		0	51.916
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)	(51.916)
				0		0	51.916
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind							
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				0		0	0
darunter:							
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0				(0)	(0)
b) Wechsel				0		0	0
darunter:							
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0				(0)	(0)
				0		0	0
Forderungen an Kreditinstitute							
a) täglich fällig				469.829		760	5.124.053
b) andere Forderungen				0		0	22.925.950
				469.829		760	28.050.003
Forderungen an Kunden							
darunter:							
durch Grundpfandrechte gesicherte Darlehen		0				(0)	(77.270)
Kommunalkredite		0				(0)	(1.227.044)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere							
a) Geldmarktpapiere							
aa) von öffentlichen Emittenten			0			0	0
darunter:							
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)	(0)
ab) von anderen Emittenten			0			0	62.314
darunter:							
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0		0		(0)	(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen							
ba) von öffentlichen Emittenten			0			0	3.963.243
darunter:							
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)	(3.700.046)
bb) von anderen Emittenten			0			0	22.471.027
darunter:							
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0		0		(0)	(14.903.794)
c) eigene Schuldverschreibungen				0		0	26.434.270
Nennbetrag		0		0		(0)	192.880
				0		0	26.689.464
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere							
Beteiligungen							
darunter							
an Kreditinstituten		0				(0)	(1.064)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)	(0)
Anteile an verbundenen Unternehmen	1;2;4				2.408.082	2.408.342	1.891.378
darunter							
an Kreditinstituten		2.406.976				(2.405.160)	(1.798.285)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)	(759)
Treuhandvermögen							
darunter: Treuhandkredite		0				(0)	(0)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldverschreibungen aus deren Umtausch							
Immaterielle Anlagewerte							
Sachanlagen							
Eigene Aktien oder Anteile							
rechnerischer Wert		0				(0)	(70.365)
Sonstige Vermögensgegenstände	6				117.994	109.550	4.467.507
Rechnungsabgrenzungsposten							
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				0		(0)	(12.690)
b) andere				1.155		(0)	(15.535)
				1.155		0	28.225
Summe der Aktiva:				2.997.060		2.518.663	68.835.316

Bilanz der LBB Holding AG zum 31. Dezember 2006

Passivseite	Anhang Textziffern					Vergleichszahl 2005	Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten								
a) täglich fällig				9.867		0	5.455.341	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				<u>0</u>		0	49.295.580	
					9.867	0	54.750.921	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden								
a) Spareinlagen								
mit vereinbarter Kündigungsfrist								
aa) von drei Monaten			0			0	0	
ab) von mehr als drei Monaten			<u>0</u>			<u>0</u>	<u>0</u>	
				0		0	0	
b) andere Verbindlichkeiten								
ba) täglich fällig		0	0			0	1.372.783	
bb) mit vereinbarter Kündigungsfrist oder Laufzeit		0	<u>0</u>			<u>0</u>	<u>875.733</u>	
				<u>0</u>		<u>0</u>	<u>2.248.516</u>	
					0	0	2.248.516	
Verbriefte Verbindlichkeiten								
a) begebene Schuldverschreibungen				0		0	3.948.342	
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				0		0	29.845	
darunter:								
Geldmarktpapiere		0				(0)	(0)	
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		0				(0)	(0)	
						<u>0</u>	<u>3.978.187</u>	
					0	0	0	
Treuhandverbindlichkeiten								
darunter: Treuhandkredite		0				(0)	(0)	
					27.174	5.895	2.483.166	
Sonstige Verbindlichkeiten								
Rechnungsabgrenzungsposten								
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				0		(0)	(8.783)	
b) andere				<u>0</u>		<u>(0)</u>	<u>(39.844)</u>	
					0	0	48.627	
Rückstellungen								
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtun	8			0		0	215.048	
b) Steuerrückstellungen				100.863		104.469	104.469	
c) andere Rückstellungen				<u>74.831</u>		<u>63.854</u>	<u>867.572</u>	
					175.694	168.323	1.187.089	
					0	0	1.794.365	
Nachrangige Verbindlichkeiten								
Eigenkapital								
a) gezeichnetes Kapital	9			2.554.741		2.554.741	2.554.741	
b) Kapitalrücklage				0		0	0	
c) Gewinnrücklage								
ca) gesetzliche Rücklage				7.370		0	0	
cb) Rücklage für eigene Anteile				0		0	82.184	
ce) andere Gewinnrücklagen				<u>69.630</u>		<u>0</u>	<u>0</u>	
				77.000		0	82.184	
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				<u>152.584</u>		<u>-210.296</u>	<u>-292.480</u>	
					2.784.325	2.344.445	2.344.445	
					Summe der Passiva:	2.997.060	2.518.663	68.835.316
Eventualverbindlichkeiten								
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Anhang)				<u>3.771.022</u>		<u>4.026.199</u>	<u>1.728.449</u>	
					3.771.022	4.026.199	1.728.449	
Andere Verpflichtungen								
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen				<u>0</u>		<u>0</u>	<u>683.386</u>	
					0	0	683.386	

Gewinn- und Verlustrechnung der LBB Holding AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006

Aufwendungen	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Vergleichszahl 2005 TEUR	Vorjahr TEUR	
Zinsaufwendungen	10				0	0	1.342.370	
Provisionsaufwendungen					0	0	27.082	
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften					0	0	13.165	
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	11							
a) Personalaufwand								
aa) Löhne und Gehälter			0			0	126.999	
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		0	0			0	38.875	
				0		0	(21.689)	
				2.534		0	165.874	
b) andere Verwaltungsaufwendungen					2.534	2.082	188.150	
							354.024	
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	3				0	0	45.217	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13				6.010	0	179.364	
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					0	0	203.782	
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	2				0	0	48.780	
Aufwendungen aus Verlustübernahme					12.899	9.432	9.432	
Außerordentliche Aufwendungen	14				0	0	27.509	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15				83.657	9.510	9.510	
Sonstige Steuern, soweit nicht unter "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen					-38.333	-7.422	-7.422	
Jahresüberschuss					439.880	104.290	104.290	
					Summe der Aufwendungen:	506.647	117.892	2.357.103
Jahresüberschuss					439.880	104.290	104.290	
Verlustvortrag aus dem Vorjahr					-292.480	-2.520.542	-2.520.542	
					147.400	-2.416.252	-2.416.252	
Entnahmen aus der Kapitalrücklage					0	1.956.044	1.956.044	
Entnahmen aus Gewinnrücklagen								
a) aus der gesetzlichen Rücklage					0	1.534	1.534	
b) aus der Rücklage für eigene Anteile					82.184	82.204	20	
d) aus anderen Gewinnrücklagen					0	192.835	192.835	
					82.184	276.573	194.389	
Einstellungen in Gewinnrücklagen								
a) in die gesetzliche Rücklage					7.370	0	0	
b) in die Rücklage für eigene Anteile					0	26.661	26.661	
d) in andere Gewinnrücklagen					69.630	0	0	
					77.000	26.661	26.661	
Bilanzgewinn / Bilanzverlust					152.584	-210.296	-292.480	

Gewinn- und Verlustrechnung der LBB Holding AG für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006

Erträge	Anhang Textziffern	TEUR			Vergleichszahl 2005	Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
Zinserträge aus	10, 12						
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			42		0	748.946	
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			<u>0</u>		<u>0</u>	<u>634.208</u>	
				42	0	1.383.154	
Laufende Erträge aus							
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	10, 12		0		0	102.914	
b) Beteiligungen			0		0	19.374	
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>4.024</u>		<u>0</u>	<u>30.478</u>	
				4.024	0	152.766	
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	10			471.914	117.892	485.089	
Provisionserträge	12			0	0	28.657	
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	12			0	0	0	
Erträge aus Zuschreibung zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	2			3.314	0	0	
Sonstige betriebliche Erträge	12, 13			27.353	0	300.636	
Außerordentliche Erträge	14			0	0	6.801	
Jahresfehlbetrag				0	0	0	
				Summe der Erträge:	506.647	117.892	2.357.103

Anhang der Landesbank Berlin Holding AG 2006

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Juli 2006 wurde die Firma der Gesellschaft in Landesbank Berlin Holding AG geändert. Die Eintragung der Änderung in das Handelsregister ist am 29. August 2006 erfolgt.

Die Landesbank Berlin Holding AG (vormals Bankgesellschaft Berlin AG) ist Muttergesellschaft (Holding) für den Konzern Landesbank Berlin Holding AG. Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 wird neben diesem Jahresabschluss ein Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Accounting Standards (IAS) bzw. International Financial Reporting Standards (IFRS) und deren Auslegung durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) erstellt.

Die in diesen Konzernabschluss einbezogene Landesbank Berlin AG (LBB AG) erstellt gemäss § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB einen eigenständigen Teilkonzernabschluss nach IFRS.

Ausgliederung des Geschäftsbetriebs der Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) zur Aufnahme durch Übertragung in der Landesbank Berlin AG

Durch Beschluss der Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG (BG AG) vom 14. Juli 2006 wurde der Geschäftsbetrieb der Bankgesellschaft Berlin AG mit dem nahezu gesamten Vermögen einschließlich aller übertragbaren sonstigen Rechte, Pflichten und Rechtsstellungen im Verhältnis zwischen BG AG und LBB AG unmittelbar nach dem 1. Januar 2006 00:00 Uhr (Ausgliederungstichtag i.S. § 126 Abs. 1 Nr. 6 UmwG) ausgegliedert und auf die LBB AG übertragen.

Der Beschluss zur Aufnahme des Geschäftsbetriebs der Bankgesellschaft Berlin AG in die LBB AG (Nachgründung gem. § 52 AktG) wurde in der Hauptversammlung der LBB AG, deren einziger Aktionär die Bankgesellschaft Berlin AG (nun Landesbank Berlin Holding AG) ist, am 13. Juli 2006 getroffen.

Die Ausgliederung wurde am 29. August 2006 in das Handelsregister der Bankgesellschaft Berlin AG eingetragen. Die Eintragung der Nachgründung in das Handelsregister der LBB AG ist ebenfalls am 29. August 2006 erfolgt.

Die Ausgliederung erfolgte nach § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG. Ihr wurde die mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main versehene Bilanz der Bankgesellschaft Berlin AG zum 1. Januar 2006 00:00 Uhr als Schlussbilanz zugrunde gelegt.

Die Übertragung des Geschäftsbetriebs der Bankgesellschaft Berlin AG erfolgte gegen Gewährung von 400.000.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien an der LBB AG. Die neuen Aktien sind mit einem Gewinnbezugsrecht ab dem 1. Januar 2006 versehen. Die erforderliche Kapitalerhöhung um 400 Mio. EUR wurde in der Hauptversammlung der LBB AG am 13. Juli 2006 beschlossen. Der den Betrag von 400 Mio. EUR übersteigende Wert des zu Buchwerten übertragenen Vermögens (830 Mio. EUR), also 430 Mio. €, wird bei der LBB AG als Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB eingestellt.

In der Bankgesellschaft Berlin AG sind neben der 100 % Beteiligung an der LBB AG lediglich Vermögensgegenstände, Verträge, sonstige Rechte und Pflichten, Rechtspositionen sowie die

dafür bestehenden Rückstellungen verblieben, deren Abwicklung in der Bankgesellschaft Berlin AG erfolgen soll oder deren Übertragung aus rechtlichen oder steuerlichen Gründen nicht möglich oder nicht sinnvoll war. Diese Vermögensgegenstände, Verträge, sonstige Rechte und Pflichten, Rechtspositionen sowie die dafür bestehenden Rückstellungen sind in dem der Ausgliederung zugrunde liegenden Ausgliederungs- und Übernahmevertrag vom 29. Mai 2006 einzeln bezeichnet.

Seit erfolgter Ausgliederung nimmt die Bankgesellschaft Berlin AG (nun Landesbank Berlin Holding AG) als Konzernobergesellschaft im wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften wurde deshalb durch die Bundesanstalt für das Finanzwesen nach entsprechender Erklärung der Bankgesellschaft Berlin AG (nun Landesbank Berlin Holding AG) zum 31. Dezember 2006 aufgehoben.

Der Übergang sämtlicher Mitarbeiter der Bankgesellschaft Berlin AG auf die LBB AG erfolgte mit allen Rechten und Pflichten aus den übergehenden Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen als Betriebsübergang nach Maßgabe des § 324 UmwG und § 613a BGB. Die Aufgaben der Verwaltung der Landesbank Berlin Holding AG werden seit dem 29. August 2006 durch die LBB AG im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages wahrgenommen.

Darüber hinaus wurde mit Wirkung ab dem 1. Januar 2006 zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG als Organträger und der LBB AG als Organgesellschaft ein Ergebnisabführungsvertrag vereinbart. Die Hauptversammlungen der beteiligten Gesellschaften haben diesem Unternehmensvertrag am 13. bzw. 14. Juli 2006 zugestimmt. Die Eintragung des Unternehmensvertrags in das Handelsregister der LBB AG ist am 17. Juli 2006 erfolgt.

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Angaben zum Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind in einer Aufstellung aufgeführt, die diesem Anhang als Anlage 1 beigelegt ist. Diese Angaben werden ergänzt durch ein Verzeichnis der Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen als Anlage 2.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss der Landesbank Berlin Holding AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV), aufgestellt. Die RechKredV wurde trotz Entfall der Eigenschaft als Kreditinstitut letztmalig angewendet, um die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr zu erleichtern. Ergänzend werden die anzuwendenden Rechnungslegungsstandards des DRSC beachtet und die Vorschriften der Satzung.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Bewertung

Allgemeine Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute sind mit dem Nominalbetrag angesetzt. Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen grundsätzlich gemäß dem strengen Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 2 HGB der Wert beibehalten. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG; hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Im Finanzanlagevermögen der AG befinden sich im Berichtsjahr keine (i.V.: 36 Mio. EUR) börsenfähigen Aktien oder Wertpapiere, die nicht nach dem Niederstwert bewertet wurden.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nominalbetrag angesetzt, die sonstigen Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag.

Rückstellungen sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Überlegung erforderlich ist.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Durch die Übertragung des operativen Geschäftes in die Landesbank Berlin AG im Rahmen der Umsetzung des Projektes „Eine Bank“ ist der unmittelbare Vergleich nur wenig aussagekräftig.

Zur Abbildung der nach § 265 Abs. 2 HGB geforderten Vergleichbarkeit mit Vorjahresbeträgen wurde daher auf eine Dreispaltendarstellung mit zusätzlicher Angabe einer Vergleichszahl 2005 zurückgegriffen. Darin werden Effekte aus einer angenommenen Übertragung des Geschäftsbetriebs in die Landesbank Berlin AG mit Wirkung ab dem 1. Januar 2005 widergegeben.

Dabei wurde die hypothetische Übertragung grundsätzlich nur soweit dargestellt, wie sie nicht den tatsächlichen rechtlichen Verhältnissen zum 31. Dezember 2005 widerspricht. Vergleichszahlen werden in der Bilanz und in der GuV dargestellt. Im Anhang werden Vergleichszahlen nur in den Tabellen angegeben.

Bilanz

(1) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und zu Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind ausschließlich gegenüber der Landesbank Berlin AG. Unter Forderungen gegenüber Kreditinstitute ist im wesentlichen die Gewinnabführung der Landesbank Berlin AG gemäss des Ergebnisabführungsvertrages ausgewiesen und im übrigen die laufende Verrechnung mit der Landesbank Berlin AG.

(2) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Forderungen 1)	Schuldver- schreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Buchwert zum 31.12.2005	0	63	29	187	1.891
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2005	7	63	45	199	3.054
Zugänge EineBank	0	0	0	0	1.516
Zugänge 2006	0	0	0	0	1
Abgänge 2006	7	63	45	199	2.141
Umbuchungen 2006	0	0	0	21	59
Effekte aus Wechselkursänderung	0	0	0	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2006	0	0	0	21	2.489
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2005	0	0	18	1	0
Zugänge 2006	0	0	0	0	0
Abgänge 2006	0	0	18	1	0
Kumulierte Zuschreibungen zum 31.12.2006	0	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2005	7	0	34	13	1.163
Zugänge 2006	0	0	0	0	0
Abgänge 2006	7	0	34	13	1.141
Umbuchungen 2006	0	0	0	21	59
Effekte aus Wechselkursänderung	0	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2006	0	0	0	21	81
Buchwert zum 31.12.2006 2)	0	0	0	0	2.408

¹⁾ Wandelgenussrechte aus Sanierungsmaßnahmen

²⁾ Buchwert bei Beteiligungen entspricht einem Euro

Die Abgänge bei den Anschaffungs- und Herstellungskosten resultieren im wesentlichen aus der Übertragung des Geschäftsbetriebs von der Landesbank Berlin Holding AG auf die Landesbank Berlin AG.

Der Zugang bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen aus EineBank resultiert aus der Ausgliederung des nahezu gesamten Geschäftsbetriebs in die LBB AG. Die Umbuchung ergibt sich aus der Einbeziehung der Anschaffungskosten und kumulierten Abschreibungen der ehemaligen Gewinnbezugsrechte an der LBB AöR, die durch Umwandlung der LBB in eine Aktiengesellschaft zu Anschaffungskosten für die Aktien der LBB geworden sind.

(3) Entwicklung des Sachanlagevermögens

in Mio. EUR	Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte
Buchwert zum 31.12.2005	75	60
Anschaffungs-/Herstellungskosten		
zum 31.12.2005	149	171
Abgänge EineBank	149	171
Zugänge EineBank	0	0
Zugänge 2006	0	0
Abgänge 2006	0	0
Umbuchungen 2006	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten		
zum 31.12.2006	0	0
Kumulierte Zuschreibungen		
zum 31.12.2005	1	0
Abgänge EineBank	1	0
Zugänge 2006	0	0
Abgänge 2006	0	0
Kumulierte Zuschreibungen		
zum 31.12.2006	0	0
Kumulierte Abschreibungen		
zum 31.12.2005	75	111
Abgänge EineBank	75	111
Zugänge 2006	0	0
Abgänge 2006	0	0
Umbuchungen 2006	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Kumulierte Abschreibungen		
zum 31.12.2006	0	0
Buchwert zum 31.12.2006	0	0

(4) Börsenfähigkeit / Börsennotierung

in Mio. EUR	börsenfähig			börsennotiert			nicht börsennotiert		
	31.12. 2006	VZ 2005	31.12. 2005	31.12. 2006	VZ 2005	31.12. 2005	31.12. 2006	VZ 2005	31.12. 2005
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0	26.690	0	0	25.682	0	0	1.008
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	2.278	0	0	2.278	0	0	0
Beteiligungen	0	0	157	0	0	123	0	0	34
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.408	2.408	876	0	0	630	2.408	2.408	246
davon LBB AG	2.407	2.407	0	0	0	0	2.407	2.407	0

(5) Bestände in Fremdwahrung

in Mrd. EUR	Vergleichszahl		
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2005
Vermögensgegenstände	0,0	0,0	8,1
Verbindlichkeiten	0,0	0,0	8,8

(6) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. EUR	Vergleichszahl		
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2005
Aktivposten aus Portfolien	0	0	1.737
Forderungen aus Collateral	0	0	1.743
Gewinnansprüche LBB	0	0	687
Forderungen an Finanzbehörden	112	102	102
Forderungen aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	0	0	83
Einzugspapiere	0	0	4
Übrige	6	8	112
Insgesamt	118	110	4.468

Bei den Gewinnansprüchen gegenüber der LBB im Vorjahr handelt es sich um die 1998 durch die Bankgesellschaft Berlin AG vom Land Berlin erworbenen Ansprüche auf 24,99% des Ertrages und eines etwaigen Liquidationserlöses der Landesbank Berlin, die mit der Umwandlung der LBB in eine Aktiengesellschaft in den Buchwert der Anteile an verbundenen Unternehmen eingegangen sind.

(7) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	Vergleichszahl		
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2005
Passivposten aus Portfolien	0	0	1.162
Verbindlichkeiten aus Collateral	0	0	1.093
Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden	2	6	6
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	41
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	0	0	30
Verbindlichkeiten aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	0	0	142
Übrige	25	0	9
Insgesamt	27	6	2.483

(8) Andere Rückstellungen

in Mio. EUR	Vergleichszahl		
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2005
Rückstellungen für Portfolien, Wertpapier- und Devisengeschäfte	0	0	292
Rückstellungen für Risiken des Kreditgeschäfts	0	0	98
Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen IBG	0	0	0
Rückstellungen im Personalbereich	0	0	54
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	0	0	107
Rückstellungen aus EU-Entscheidung vom 18.2.2004	0	0	212
Übrige	75	64	105
Insgesamt	75	64	868

(9) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.555 Mio. EUR und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien.

Die Hauptversammlung vom 14. Juli 2006 hat die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2007 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10% über- bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5% des Grundkapitals der Bankgesellschaft Berlin AG (nun Landesbank Berlin Holding AG) am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Daneben besteht gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Juli 2006 bis zum 30. September 2007 die Möglichkeit des Erwerbs von eigenen Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Davon wurde im Berichtsjahr 2006 kein Gebrauch gemacht.

Die Bankgesellschaft Berlin AG bzw. nach der Ausgliederung nahezu des gesamten Geschäftsbetriebs auf die Landesbank Berlin AG die Landesbank Berlin AG haben im Geschäftsjahr 2006 die gesamten von ihnen gehaltenen Aktien der Bankgesellschaft Berlin AG bzw. der Landesbank Berlin Holding AG (insgesamt 27.486.235 Stück) verkauft, dies entspricht einem Anteil von 2,750% am Grundkapital. Die Verkäufe erfolgten zu verschiedenen Terminen jeweils zum Börsenkurs. Der Durchschnittskurs für alle Verkäufe lag bei 4,81 EUR. Die Erlöse (132 Mio. EUR) wurden zur Verstärkung der Betriebsmittel eingesetzt. Erwerbe von Aktien der Bankgesellschaft Berlin AG bzw. der Landesbank Berlin Holding AG durch die Landesbank Berlin Holding AG oder eines ihrer Tochterunternehmen fanden im Berichtsjahr nicht statt.

Im Kreditgeschäft hat das 100%ige Tochterunternehmen Landesbank Berlin AG am Jahresende 2006 gemäß § 71 e AktG 65.066 (i.V.: 202.104) der Landesbank Berlin Holding AG Stückaktien als Pfand genommen; dies entsprach 0,02% (i.V.: 0,02%) des gezeichneten Kapitals.

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2006 beträgt 152,6 Mio. EUR. Im Berichtsjahr wurde die Rücklage für eigene Anteile (82 Mio. EUR) gemäß § 272 Abs. 4 Satz 2 HGB aufgelöst, da die Aktien im Rahmen der Ausgliederung nahezu des gesamten Geschäftsbetriebs in die LBB AG eingebracht worden sind.

Vom Jahresüberschuss waren nach der Verrechnung mit dem Verlustvortrag 5% in die gesetzliche Rücklage (7,4 Mio. EUR) einzustellen.

Darüber hinaus haben Vorstand und Aufsichtsrat 69,6 Mio. EUR gemäß § 58 Abs. 2 AktG den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Angaben zu einzelnen GuV-Positionen

(10) Zinsüberschuss

in Mio. EUR	2006	2005 Vergleichszahl	2005
Zinserträge	0	0	1.383
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	0	0	749
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	0	0	634
Laufende Erträge	4	0	153
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0	103
aus Beteiligungen	0	0	19
aus verbundenen Unternehmen	4	0	31
Erträge aus Gewinngemeinschaften	472	118	485
Zinsaufwendungen	0	0	1.342
für Einlagen	0	0	1.216
für verbrieftete Verbindlichkeiten	0	0	53
für nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	73
Insgesamt	476	118	679

(11) Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. EUR	2006	2005 Vergleichszahl	2005
Gebäude- und Raumkosten	0	0	68
IT-Aufwendungen	0	0	59
Werbung und Marketing	0	0	1
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	1	2	22
Geschäftsbetriebskosten	0	0	7
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0	0	1
Personalabhängige Sachkosten	0	0	5
Konzernleistungsverrechnung	1	0	25
Insgesamt	2	2	188

Aufwendungen für den Abschlussprüfer:

Für den Abschlussprüfer i.S.v. § 319 HGB im Geschäftsjahr aufgewendete Beträge: TEUR	2006	2005 Vergleichszahl	2005
für Jahresabschlussprüfungen	562	1.600	3.176
für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	44	0	26
für Steuerberatung	0	0	3
für sonstige Leistungen	0	0	223
Insgesamt	606	1.600	3.428

In den sonstigen Leistungen waren im Vorjahr prüfungsnahe Beratungen und Fortbildungskosten enthalten.

(12) Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die Erträge stammen sämtlich aus dem Inland.

(13) Sonstige betriebliche Aufwendungen und Sonstige betriebliche Erträge

in Mio. EUR	2006		2005 Vergleichszahl		2005	
	Aufwen- dungen	Erträge	Sonstige betriebliche		Sonstige betriebliche	
			Aufwen- dungen	Erträge	Aufwen- dungen	Erträge
Konzernleistungsverrechnung	0	0	0	0	128	152
Mieterträge	0	0	0	0		27
Auflösung von Rückstellungen	0	0	0	0		21
Avalprovision Enthftung Land Berlin	0	0	0	0	15	10
Sonstige	6	27	0	0	36	91
Insgesamt	6	27	0	0	179	301

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten in Höhe von 27,3 Mio. EUR Erfolge im Zusammenhang mit der Erstattung von Zinsen auf erhaltene Steuerrückzahlungen der Vorperioden.

(14) Außerordentliche Aufwendungen und Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Aufwendungen und Erträge in der Landesbank Berlin Holding AG stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	2006	Vergleichszahl 2005	2005
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	28
Zuführung Restrukturierungsrückstellungen	0	0	15
Zuführung Rückstellung aufgrund EU-Entscheidung	0	0	7
Sonstige	0	0	6
Außerordentliche Erträge	0	0	7
Auflösung Restrukturierungsrückstellungen	0	0	5
Auflösung Rückstellungen aufgrund EU-Entscheidung	0	0	2
Insgesamt	0	0	-21

(15) Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Ertragsteueraufwand der Landesbank Berlin Holding AG beträgt – trotz bestehender steuerlicher Verlustvorträge – im Berichtszeitraum insgesamt 83,7 Mio. EUR. Hierbei berücksichtigt ist die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 15,9 Mio. EUR.

Sonstige Angaben

(16) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten s. Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 ergänzt im August 2004 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die konzerninterne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin - Girozentrale -, die Berlin Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Einzahlungsverpflichtungen zum Jahresende für die Beteiligungen der Landesbank Berlin Holding AG bestanden zum Bilanzstichtag nicht mehr (i.V.: 4 Mio. EUR).

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin Holding AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der Berlin- Hannoversche Hypothekenbank AG anfallen.

Patronatserklärungen sind durch die Landesbank Berlin Holding AG nicht abgegeben.

Alle Verbindlichkeiten und Verpflichtungen aus den letztmalig im Geschäftsbericht 2005 erklärten Patronaten zugunsten der Bankgesellschaft Berlin International S. A. (nun Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg), und zugunsten der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin (vormals: Berlin/Hannover), sowie aus den gegenüber jeweils einem bestimmten Gläubiger der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin, und der Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin, erklärten Patronaten wurden mit Wirkung vom 29.08.2006 auf die Landesbank Berlin AG übertragen.

Das letztmalig im Geschäftsbericht 2005 erklärte Patronat zugunsten der Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc i.L., Dublin, endete mit Löschung der Gesellschaft am 11.01.2006. Das letztmalig im Geschäftsbericht 2005 erklärte Patronat zugunsten der Landesbank Berlin AG, Berlin, endete durch die Übertragung aller Verbindlichkeiten und Verpflichtungen aus diesem Patronat auf die Landesbank Berlin AG mit Wirkung vom 29.08.2006.

Die Verpflichtungen aus Garantien betreffen die Haftung der Landesbank Berlin Holding AG als Gesamtschuldner mit der Landesbank Berlin AG für alle von der Bankgesellschaft Berlin Finance (Ireland) plc emittierten Anleihen unter dem MTN-Programm (3.363,9 Mio. EUR), die aus rechtlichen Gründen nicht im Rahmen der Ausgliederung auf die Landesbank Berlin AG übertragen werden konnten.

Daneben garantiert die Landesbank Berlin Holding AG 85 Zertifikate und Schuldverschreibungen (407,1 Mio. EUR), die sie emittiert und auf die Landesbank Berlin AG übertragen hat.

(17) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2006	2005 Vergleichszahl	2005
Vollzeitbeschäftigte	0	0	1.314
Teilzeitkräfte	0	0	194
Auszubildende	0	0	9
Insgesamt	0	0	1.517

(18) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die den Vorstand der Obergesellschaft Landesbank Berlin Holding AG bildenden Herren Vetter und Dr. Veit sind zugleich Vorstandsmitglieder der Landesbank Berlin AG, auf die nahezu das gesamte Bankgeschäft der Landesbank Berlin Holding AG, d.h. der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG, übertragen worden ist. Im Zuge der Ausgliederung des Bankgeschäfts nach dem Ausgliederungs- und Übernahmevertrag zwischen Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin AG vom 29. Mai 2006 sind sämtliche Vertragsbeziehungen, so auch die Vorstandsdienstverträge, auf die Landesbank Berlin AG übertragen worden. Abweichend von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Landesbank Berlin Holding AG bestehen demgemäss auch die Dienstverträge der Herren Vetter und Dr. Veit sowie auch die sie betreffenden Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge mit der LBB AG, für die sie überwiegend tätig sind.

Die Landesbank Berlin AG, die auf dieser vertraglichen Grundlage die Vorstandsbezüge für die beiden im Doppelband tätigen Vorstandsmitglieder zahlt, erhält von der Landesbank Berlin Holding AG einen am zeitlichen Aufwand orientierten, jährlich auf seine Angemessenheit zu überprüfenden Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 TEUR je Vorstandsmitglied bzw. 6 TEUR für den Vorstandsvorsitzenden. Hierfür wurden von der Landesbank Berlin Holding AG im Jahre 2006 pro rata temporis 44 TEUR als Aufwandsersatz erstattet.

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2006	2005 Vergleichszahl	2005
Gesamtbezüge des Vorstands ¹⁾	0	0	4.194
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	487	482	482
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	0	0	4.693
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	0	0	46.460

¹⁾ Die LBB Holding zahlte an die LBB einen Aufwandsersatz von 44 TEUR

Im Vorjahr waren in den vorgenannten Bezügen des Vorstands erfolgsabhängige Zahlungen in Höhe von 370 TEUR enthalten. Die Zahlungen an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene wurden in 2005 um Nachzahlungen für Vorjahre in Höhe von 355 TEUR erhöht ausgewiesen.

Die am 31. Dezember 2006 amtierenden Vorstandsmitglieder erhielten im Jahr 2006 die nachstehenden Vergütungen:

in TEUR	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen ¹⁾	Gesamt
	erfolgs-unabhängige Vergütung	davon nicht ruhegehalts-fähige Festantieme	erfolgs-abhängige Vergütung		
Mitglieder des Vorstands					
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB)	999	460	450	25	1.474
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	677	300	150	30	857
Summe Organmitglieder LBB Holding	1.676	760	600	55	2.331
Serge Demolière (LBB)	974	489	75	32	1.081
Dr. Johannes Evers (LBB)	615	246	120	41	776
Uwe Kruschinski (LBB)	662	300	40	30	732
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	615	246	75	42	732
Martin K. Müller (LBB)	590	290	120	34	744
Vergütungsaufwand					
Gesamt (LBB AG)	5.132	2.331	1.030	234	6.396

¹⁾ Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (*geldwerter Vorteil der Nutzung der Dienstwagen*) von 126 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (*Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber*) in Höhe von 104 TEUR. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- bzw. Pflegeversicherung erhalten hat.

Eine Zuordnung der Pauschalprämie für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung zu den einzelnen Vorstandsmitgliedern wird nicht vorgenommen.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Die Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9a Satz 6 bis 9 HGB sind im Lagebericht enthalten.

Die für das Geschäftsjahr 2006 an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeit (jeweils ohne Umsatzsteuer):

in TEUR	Betrag	in TEUR	Betrag
Mitglieder des Aufsichtsrats		Mitglieder des Aufsichtsrats	
Dr. h.c. Klaus Adam Vorsitzender	56	Daniel Kasteel	15
Bärbel Wulff stellv. Vorsitzende	35	Prof. Dr. Hannes Rehm	15
Dr. h.c. Axel Berger	15	Heiko Reinhard ²⁾	13
Dagmar Brose	24	Andreas Rohde ³⁾	1
Thomas Dobkowitz	15	Senator Dr. Thilo Sarrazin	25
Dr. Michael Endres	29	Dr. Heinz-Gerd Stein	24
Claudia Fieber ¹⁾	15	Joachim Tonndorf	25
Christina Förster	15	Frank Wolf	15
Dr. Thomas Guth	15	Senator Harald Wolf	15
Sascha Händler	15	Bernd Wrede	15
Michael Jänichen	24		
Summe			421
zuzügl. Ust			66
Gesamtaufwand			487

¹⁾ Mitglied bis 31.12.2006

²⁾ Mitglied bis 31.10.2006

³⁾ Mitglied bis 30.11.2006

(19) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs.4 Nr. 1 HGB) sind in der Anlage 3 zum Anhang dargestellt.

(20) Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden im Internetauftritt der Landesbank Berlin Holding AG veröffentlicht.

Einzelheiten zum Erwerb von Aktien durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder werden im Internetauftritt der Landesbank Berlin Holding AG unter „Meldepflichtige Geschäfte gemäß § 15 a WpHG“ veröffentlicht. Sowohl der Aktienbesitz eines einzelnen Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieds als auch der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder liegen unter 1 % der von der Landesbank Berlin Holding AG ausgegebenen Aktien (6.6 DCGK).

Organe der Landesbank Berlin Holding AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter
Vorsitzender

Serge Demolière
bis 8.9.2006

Uwe Kruschinski
bis 8.9.2006

Martin K. Müller
bis 8.9.2006

Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat

Dr. h. c. Klaus G. Adam
Vorsitzender

Wirtschaftsprüfer

Bärbel Wulff *)
stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Dr. h. c. Axel Berger

Vizepräsident DPR Deutsche Prüfstelle für
Rechnungslegung e. V., Berlin;
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Dagmar Brose *)

Referentin im Bereich Finanzen der Landesbank Berlin AG

Thomas Dobkowitz

Unternehmensberater

Dr. Michael Endres

ehem. Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG;
Vorsitzender des Vorstands der
Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Claudia Fieber *)
bis 31.12.2006

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
(Ab 6.12.2006 freigestelltes Mitglied im Betriebsrat der Berliner Bank
AG & Co. KG.)

Christina Förster *)

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk
Berlin-Brandenburg

Dr. Thomas Guth

Vorsitzender der Geschäftsführung der
SALOMON OPPENHEIM GmbH

Sascha Händler *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG;
Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Landesbank Berlin AG

Michael Jänichen *)

Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG und
Leiter der Landesbank Berlin AG Niederlassung Luxemburg

Daniel Kasteel *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Astrid Maurer *)

Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG

ab 1.1.2007

Dr. Hannes Rehm	Vorsitzender des Vorstands der Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Heiko Reinhard *) bis 31.10.2006	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG; Berater Universalkunden
Andreas Rohde *) ab 30.11.2006	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Senator Dr. Thilo Sarrazin	Senator für Finanzen des Landes Berlin
Dr. Heinz-Gerd Stein	ehem. Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG
Joachim Tonndorf *)	ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Frank Wolf *)	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Senator Harald Wolf	Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen des Landes Berlin
Bernd Wrede	ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG

*) Arbeitnehmersvertreter

Berlin, 06. Februar 2007

Der Vorstand

Vetter

Dr. Veit

Anlagen

- | | |
|-----------|--|
| Anlage 1: | Verzeichnis des Anteilsbesitzes
(§§ 285 Nr. 11 und 11a, 340a Abs.4 Nr.2 HGB) |
| Anlage 2: | Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen |
| Anlage 3: | Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr.10, 340a Abs.4 Nr. 1 HGB) |

Anlage 1

Liste des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Meldendes Unternehmen: Landesbank Berlin Holding AG

Stand: 31.12.2006

Zielwährung/Einheit: EUR / in Tsd.

Verbundene Unternehmen

Lfd.Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
1	ABT No. 3 Ltd., London ^{1) 11)}	100,00		EUR	539,1	9,4
2	Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft mbH Objekt- und Baubetreuung Mecklenburg-Vorpommern, Berlin ^{1) 11)}	94,00		EUR	1.686,6	903,5
3	Babefi-Holding GmbH i. L., Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	65,4	-1,8
4	BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	2.343,4	111,6
5	Bankgesellschaft Berlin (UK), London ^{1) 9)}	100,00		EUR	0,0	0,0
6	Bavaria Ikarus Immobilien GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	21,4	-1,1
7	Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. KG - BB-Fonds International Zwei Holland -, Berlin ^{1) 8)}	59,68		EUR	20.799,3	177,0
8	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 11)}	94,00		EUR	-2.494,0	2.030,0
9	Bavaria Vertriebs GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	119,5	68,8
10	BB-Asset Management Vermögensverwaltung GmbH, Berlin ¹¹⁾	100,00		EUR	1.169,8	399,3
11	BB Privat Immobilien GmbH i. L., Berlin ¹³⁾	100,00		EUR	3.005,6	540,8
12	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ^{2) 4) 11)}	100,00		EUR	51,1	0,0
13	BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ^{1) 4) 11)}	100,00		EUR	299,6	0,0
14	BB-Leasing GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	2.693,1	1.159,3
15	Berlin Capital Fund GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	-5.881,5	-5.881,5
16	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	25,6	0,0
17	Berlin Hyp Projekt GmbH i. L., Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	250,0	0,0
18	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin ^{1) 11)}	90,38		EUR	637.800,5	36.745,1
19	BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking ¹⁾	94,90	67,79	EUR	290,4	17.035,8
20	BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin ^{2) 4) 11)}	100,00		EUR	25,6	0,0
21	Crown Court I LLC, City of Wilmington/Delaware ¹⁾	100,00		USD	k.A.	k.A.
22	Crown Court Property London Ltd., London ^{1) 11) 14)}	100,00		GBP	18.549,0	527,3
23	DELTAG Aktiengesellschaft für Investitionen, Berlin ^{1) 11)}	61,00		EUR	169,7	-35,2
24	DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ^{1) 4) 11)}	100,00		EUR	103,0	0,0
25	egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin ^{1) 11)}	94,00		EUR	-1.177,7	-647,4
26	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	426,5	-8,1
27	FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	25,4	-0,2
28	FinTech Dreiundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	81,5	59,3

Anlage 1

29	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Dritter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin ¹⁾ ¹¹⁾	100,00		EUR	37,9	-298,5
30	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH [vorm.: BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH], Berlin ^{1) 4) 11)}	100,00		EUR	76.036,0	0,0
31	GfBI Group Services GmbH (vormals: IBAG Group Services GmbH), Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	134,1	106,1
32	GfBI Immobilien Solutions GmbH [vorm.: Gesellschaft für Immobilien und Beteiligungen der IBAG-Gruppe mbH (GIB)], Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	24,3	0,2
33	Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschränkter Haftung, Berlin ^{2) 4) 11)}	100,00		EUR	5.624,2	0,0
34	Grundstücksgesellschaft "URSUS" mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main ^{1) 11)}	100,00		EUR	722,0	0,0
35	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin ^{1) 9)}	76,05		EUR	-18.327,7	-753,0
36	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ^{1) 11)}	99,93		EUR	-7.070,2	302,3
37	Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin ^{1) 11)}	60,22		EUR	3.833,2	130,8
38	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München ^{1) 9)}	78,10		EUR	1.086,1	452,4
39	HaWe Immobilien GmbH & Co. Berlin Süd KG, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	752,7	116,0
40	HaWe Immobilien GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	30,6	5,2
41	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 3)}	100,00		EUR	6.135,5	0,0
42	HIOLOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, München ^{1) 11)}	92,49	92,47	EUR	1.622,5	1.038,6
43	Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin ^{2) 11)}	100,00		EUR	16.196,5	0,0
44	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	20,8	-2,1
45	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	162,1	43,4
46	IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	1.815,6	0,0
47	Klinikzentrum Lindenallee GmbH, Bad Schwalbach ^{1) 9)}	100,00		EUR	-2.725,4	-2.749,1
48	Landesbank Berlin AG, Berlin ^{4) 11)}	100,00		EUR	2.062.929,0	35.285,0
49	Landesbank Berlin International S.A. [vorm.: Bankgesellschaft Berlin International S.A.], Luxembourg ^{1) 11)}	100,00		EUR	205.543,7	19.915,6
50	Landesbank Berlin Investment GmbH [vorm.: Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH], Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	16.535,5	5.900,2
51	Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH, Klettwitz ^{1) 6)}	60,00		EUR	13,1	-5,7
52	Lausitzring GmbH & Co. KG, Klettwitz ^{1) 6)}	70,00		EUR	-23.278,5	-9.504,4
53	LBB Finance (Ireland) plc [vormals: BGB Finance (Ireland) plc], Dublin ^{1) 11) 14)}	100,00		EUR	1.368,0	336,0
54	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	255,6	0,0
55	LBB Reinsurance Ltd. [vorm.: BGB Reinsurance Ltd.], Dublin ^{1) 11)}	100,00		EUR	13.404,5	3.227,2
56	Lenscare AG, Kiel ^{1) 11)}	53,51		EUR	2.223,5	69,4
57	Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	12,6	-1.246,2
58	MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München ¹⁾	94,00	55,30	EUR	25,0	0,0
59	Okeanos GmbH & Co. Objekt Berlin-Friedrichshain, Pufendorfstraße KG, Berlin ^{1) 11)}	94,00		EUR	-1.551,4	-244,3
60	Thesaurus GmbH & Co. Siebzehnte Immobilien KG, Berlin ^{1) 11)}	94,00		EUR	28,7	-79,6
61	Thesaurus GmbH & Co. Vierzigste Immobilien KG, Berlin ^{1) 11)}	94,00		EUR	24,5	44,8
62	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Duisburg-Hamborn KG, Berlin ^{1) 11)}	94,00		EUR	-5,5	683,9
63	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	-4.560,9	-5.040,9
64	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin [vorm.: Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin], Berlin ^{1) 11)}	100,00		EUR	1.930,5	551,3

Anlage 1

65	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 11)}	100,00	EUR	32,3	-54,9
66	Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Altlandsberg ^{1) 11)}	100,00	EUR	0,5	-304,9
67	Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg ^{1) 10)}	75,00	EUR	31,3	0,2
68	Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg ^{1) 10)}	75,00	EUR	3.426,2	375,9
69	4care fulfilment GmbH, Laboe ^{1) 9)}	100,00	EUR	26,0	0,0

Anlage 1

Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.

Lfd.Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
70	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin ^{1) 11)}	34,65		EUR	37.806,7	1.503,3
71	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 11)}	30,00		EUR	59,0	4,6
72	Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ^{1) 11)}	25,10		EUR	9.889,5	0,0
73	ATTO-TEC GmbH, Siegen ^{1) 11)}	26,00		EUR	-1.018,8	-240,2
74	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main ^{1) 12)}	25,10		EUR	9.875,9	1.428,1
75	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin ^{1) 11)}	21,79		EUR	7.488,6	276,2
76	BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ^{1) 11)}	45,00		EUR	2.277,5	222,0
77	BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 11)}	45,00		EUR	25,7	1,0
78	BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover ^{1) 11)}	50,00		EUR	1.566,6	298,7
79	Chiracon GmbH, Berlin ^{1) 9)}	40,11		EUR	-323,5	-244,5
80	CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin ^{1) 11)}	50,00		EUR	152,4	-171,4
81	DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Objekt Neukölln KG, München ¹⁾	94,00	47,00	EUR	298,0	9,9
82	DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München ¹⁾	94,00	47,00	EUR	-2.762,1	52,9
83	fairform GmbH Objekt- und Messebau Fullservice, Berlin ^{1) 11)}	34,59		EUR	-495,0	1,7
84	Friedrichsfelder Viertel Bauprojekt GmbH, Berlin ^{1) 11)}	47,60		EUR	2,1	-11,7
85	FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking ^{1) 9)}	94,00	50,00	EUR	15,5	67,7
86	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH, Berlin ^{1) 9)}	49,00		EUR	4,9	-0,2
87	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Berlin ^{1) 11)}	48,48		EUR	-55.271,1	521,4
88	GbR TOCOTAX ^{1) 11)}	20,00		EUR	k.A.	-94,6
89	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin ^{1) 9)}	50,00		EUR	-2.211,8	-249,4
90	getemed Medizin- und Informationstechnik AG, Teltow ^{1) 11)}	32,00		EUR	3.471,9	1.001,1
91	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München ^{1) 11)}	39,60	20,00	EUR	25,6	0,2
92	INKUR Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, München ¹⁾	94,00	47,00	EUR	-2.530,3	98,9
93	InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam ^{1) 11)}	25,00	14,29	EUR	178.492,4	9.844,0
94	KARUS Beteiligungs GmbH & Co. Grundbesitz KG, München ^{1) 11)}	33,00		EUR	25,6	0,2
95	Kommunalconsult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH i.L., Berlin ^{1) 11)}	50,00		EUR	25,6	0,0
96	LBB, Prajs & Drimmer Grundstücksgesellschaft Hausvogteiplatz bürgerlichen Rechts, Berlin ^{1) 11)}	50,00		EUR	-3.591,9	-811,4
97	NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Bankgesellschaft Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover ^{1) 11)}	50,00		EUR	156,1	31,8
98	PEB Capital B. V., Hilversum ^{1) 11)}	42,39		EUR	15.351,0	1.481,0
99	proALPHA Software AG, Kaiserslautern ^{1) 11)}	22,74		EUR	12.003,0	1.389,9
100	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin ^{1) 7)}	40,00		EUR	0,0	3.423.188,1
101	ProSyst Software AG, Köln ^{1) 8)}	27,68		EUR	0,0	-3.168,2
102	SEPIAtec GmbH, Berlin ^{1) 11)}	46,65		EUR	-586,2	489,2
103	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG - Zweiter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin ^{1) 8)}	26,80		EUR	116.553,7	-2.509,1
104	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München ¹⁾	49,00	36,30	EUR	-3.485,4	61,7
105	xtradyne Technologies AG, Berlin ^{1) 8)}	25,00		EUR	0,0	-618,5

Anlage 1

106	Yozma III GmbH & Co. KG, München ^{1) 11)}	21,86	USD	972,5	-142,0
-----	--	-------	-----	-------	--------

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i.V.m. § 340a Abs. Nr. 2 HGB)

Lfd.Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
107	FinanzIT GmbH, Hannover ^{1) 11)}	15,00		EUR	29.238,6	206,2
108	Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH [vorm.: Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH], Berlin ¹¹⁾	5,10		EUR	46.100,6	14.691,9
109	MLP AG, Wiesloch ^{1) 11) 14)}	9,90		EUR	455.192,0	199.691,0

- 1 Mittelbar gehalten.
- 2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile
- 3 Es liegen Daten zum 29.08.2006 vor.
- 4 Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag
- 5 Es liegen Daten zum 31.12.2000 vor.
- 6 Es liegen Daten zum 31.12.2001 vor.
- 7 Es liegen Daten zum 31.12.2002 vor.
- 8 Es liegen Daten zum 31.12.2003 vor.
- 9 Es liegen Daten zum 31.12.2004 vor.
- 10 Es liegen Daten zum 30.09.2005 vor.
- 11 Es liegen Daten zum 31.12.2005 vor.
- 12 Es liegen Daten zum 30.09.2006 vor.
- 13 Es liegen Daten zum 06.12.2006 vor.
- 14 IFRS-Abschluss

EZB-Kurse vom 31.12.2006

1 EUR = 0,67150 GBP

1 EUR = 1,31700 USD

Stand: 31.12.2006

**Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs-/Ergebnisabführungsverträgen
mit der Landesbank Berlin Holding AG**

Gesellschaft

1. BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ¹⁾
2. BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ¹⁾
3. BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin ¹⁾
4. DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ¹⁾
5. GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin [vorm.: BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH] ¹⁾
6. Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschränkter Haftung, Berlin ¹⁾
7. Landesbank Berlin AG

1) BV/EAV endet am 31.12.2006

Verzeichnis gemäß § 285 Nr. 10 HGB zum Stichtag 31.12.2006 bzw. Datum des Ausscheidens

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
- ☒) Arbeitnehmervertreter

Aufsichtsrat

Dr. h. c. Klaus G. Adam
Vorsitzender

Wirtschaftsprüfer, Mainz

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Bitburger Brauerei Th. Simon GmbH, Bitburg
 - Bitburger Holding GmbH, Bitburg
 - Landesbank Berlin AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats

- Düsseldorfer Hypothekenbank AG, Düsseldorf

Unternehmen der RheinLand Versicherungsgruppe:

- RheinLand Versicherungs AG, Neuss
- RheinLand Lebensversicherungs AG, Neuss
- ONTOS Versicherungs AG, Neuss
- ONTOS Lebensversicherung AG, Neuss
- Rhion Versicherung AG, Neuss

- b) Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der
 - Bitburger Holding GmbH, Bitburg

Bärbel Wulff ☒)

Stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin AG, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Vermögensverwaltung der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) GmbH, Berlin

Anlage 3

Dr. h. c. Axel Berger

Vizepräsident der Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V., Berlin
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin

Dagmar Brose [☒]

Referentin im Bereich Finanzen in der Landesbank Berlin AG, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Thomas Dobkowitz

Unternehmensberater, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

Dr. Michael Endres

ehem. Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG, Frankfurt/Main

Vorsitzender des Vorstands der
Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Frankfurt/Main

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- ARCOR Verwaltungs-AG, Eschborn
 - Landesbank Berlin AG, Berlin
 - Schott AG, Mainz

Claudia Fieber [☒]

Mitglied des Betriebsrats der Berliner Bank AG & Co. KG, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Christina Förster [☒]

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- DBV – Winterthur Krankenversicherung AG, Wiesbaden
 - Landesbank Berlin AG, Berlin

Dr. Thomas Guth

Vorsitzender der Geschäftsführung SALOMON OPPENHEIM GmbH, Köln/Berlin

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Gesellschaft für Industriebeteiligungen Dr. Schmidt AG & Co., Berlin
 - Comline Computer + Softwarelösungen AG, Hamburg
 - Graphit Kropfmühl AG, Hauzenberg

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Landesbank Berlin AG, Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin Partner GmbH, Berlin

Vorsitzender des Beirats der

- Human GmbH, Wiesbaden

Mitglied des Beirats der

- Piepenbrock Dienstleistungsgruppe, Osnabrück

Sascha Händler [☒]

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG; Berlin
Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Landesbank Berlin AG

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

Michael Jänichen [☒]

Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

- MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam

Mitglied des Bundesbeirats der

- Deutsche Leasing AG, Bad Homburg v.d.H.

Daniel Kasteel [☒]

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

Anlage 3

Dr. Hannes Rehm

Vorsitzender des Vorstands der Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover

- a) Mitglied des Aufsichtsrates der
 - Salzgitter AG, Salzgitter

- b) Mitglied des Aufsichtsrates der
 - BANK DNB NORD A/S, Kopenhagen (Board of directors, deputy chairman)
 - Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale -, Bremen
 - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover/ Berlin
 - Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover

Mitglied des Verwaltungsrats der

- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Main
- NORD/LB Luxembourg S.A., Luxembourg (Vorsitz)

Andreas Rohde [☒]
(ab 30.11.2006)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin AG, Berlin

Heiko Reinhard [☒]
(bis 31.10.2006)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin
Berater Universalkunden

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Dr. Thilo Sarrazin

Senator für Finanzen, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Berlinwasser Holding AG, Berlin
 - Landesbank Berlin AG, Berlin
 - Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH, Berlin

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Berlin
 - BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin
 - BIM Berliner Immobilien Management GmbH, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrats der

- Investitionsbank Berlin, Berlin

Dr. Heinz-Gerd Stein

ehem. Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG, Düsseldorf

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- WILO AG, Dortmund

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- ThyssenKrupp Marine Systems AG, Hamburg

- b) Mitglied des Advisory Board der
- Heitkamp & Thumann GmbH & Co. , Düsseldorf

Mitglied des Board of Directors der
- INTAC International Inc., Dallas, USA

Vorsitzender des Beirats der
- Kunststoffwerk Philippine GmbH & Co. KG, Lahnstein am Rhein
- Saarpol Klaus Eckhardt GmbH Neunkirchen Kunststoffe KG, Neunkirchen/Saar

Mitglied des Beirats der
- Hülskens Holding GmbH & Co., Wesel

Joachim Tonndorf [☒]

ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Barnimer Busgesellschaft GmbH, Eberswalde

Frank Wolf [☒]

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, Potsdam

Harald Wolf

Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen des Landes Berlin

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berlinwasser Holding AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BEHALA Berliner Hafen- und Lagerhausbetriebe, Berlin
- BSR Berliner Stadtreinigungsbetriebe, Berlin
- BWB Berliner Wasserbetriebe, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin Partner GmbH, Berlin (1. stellv. Vorsitzender)
- Messe Berlin GmbH, Berlin
- The New German Länder Industrial Investment Council GmbH, Berlin
- TSB Technologiestiftung Innovationsagentur Berlin GmbH, Berlin

Mitglied des Präsidiums der
- Berlin Partner GmbH, Berlin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Feuersozietät Berlin-Brandenburg, Berlin
- Investitionsbank Berlin, Berlin

Mitglied des Kuratoriums der
- TSB Technologiestiftung Innovationszentrum Berlin, Berlin
- FHTW Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Berlin
- FHW Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin
- UdK Universität der Künste, Berlin

Mitglied des Beirats der
- Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, Bonn

Bernd Wrede

ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG, Hamburg

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

b) Vizepräsident des Verwaltungsrats der
- Kühne & Nagel International AG, Schindellegi, Schweiz

Mitglied des Kuratoriums der
- ZEIT-Stiftung Hamburg

Anlage 3

LBB Holding AG

Mandate des Vorstands nach § 285 Nr. 10 HGB und § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB zum Stichtag 31.12.2006

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Interseroh AG, Köln ◊
- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berliner Bank Beteiligungs AG, Berlin ¹
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover ◊
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien, BerlinMitglied des Verwaltungsrats
 - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main ◊

Dr. Thomas Veit

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - FinanzIT GmbH, Hannover ◊
- a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berliner Bank Beteiligungs AG, Berlin ¹
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover ◊Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ◊
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin

¹ Mandat zum Ablauf des 31.12.2006 niedergelegt

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 22. Februar 2007

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Borgel)
Wirtschaftsprüfer

(Berninger)
Wirtschaftsprüfer